



WOHNBAUPOLITIK

Zürich wohnt teuer, Wien wohnt besser

SEITEN 12 - 13

Bild: Thomas Lecl / Wikimedia Commons

MEDIENQUALITÄT
**Künstliche Intelligenz
gegen die Redaktion?**
S.3

TX-STELLENABBAU
**Salamitaktik
am Stauffacher**
S.15

360-GRAD-DILEMMA
**Gesteigerte Raffinertheit
beim Verdolmetschen**
S.23

Uraufführung

Delia Dahinden und Anna Karger alias Dakar Produktionen bringen mit der Livemusik von Balts Nill eine Hommage an die Schriftstellerin Adelheid Duvanel (1936–1996) als szenische Lesung mit Puppenspiel auf die Bühne. Ihre versammelten Erzählungen verlegte der Limmatverlag vor zwei Jahren unter dem Titel «Fern von hier». «Sie wurde auch nach Klagenfurt eingeladen. Trotzdem wurde sie tendenziell vergessen, obwohl sie hervorragend schreibt, mit den Wörtern und den Bildern spielt», schrieb Koni Loepfe in seiner Rezension in der Buchbeilage vom 26.22.2021 und



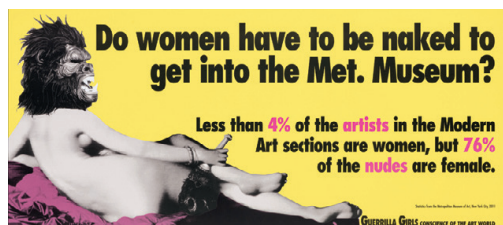
(Bild: Mina Monsef)

weiter, «die Geschichten sind, obwohl sie meist von Unangepassten handeln, weder wehleidig noch sentimental, oft mit viel Ironie versehen». Gerade diesen Humoraspekt sieht Dakar Produktionen als vielfach sträflich verkannt, weshalb es sie schon lange reizt, mit ihren Mitteln «ein Echo dieser unbändigen Welt einzufangen und sichtbar zu machen». *froh.*

«**Vom Recht, lebensuntüchtig zu sein**», Fr, 3.11., 20h, Sphères, Zürich.

Werbung lügt

Ältere Leser:innen erinnern sich an den Skandal der «Sloggi»-Werbung im Jahr 2003, die wegen photogeshopten Überidealisierung des Frauenunterkörpers sogar die Stadtpolizei Zürich auf den Plan rief, die veranlasste, dass die Plakate wegen ihres sexistischen Inhalts abgehängt werden



mussten. Das Museum für Gestaltung Zürich hat ja bekanntlich die grösste Plakatsammlung überhaupt in ihrem Depot, woraus die Kuratorin Bettina Richter für «Talking Bodies – Körperbilder im Plakat» die einschlägigsten Beispiele zu einer Ausstellung zusammenträgt. Heucheln, anbieten und pink-, green-, bodypositivity-washing gehö-

ren genauso zum Bildvokabular, um irgendwas vermeintlich einfacher versilbern zu können. Nur wenige, wie die hier abgebildete Kampagne der «Guerilla Girls» nutzen die Macht des Bildes, um einigermaßen freundlich ausgedrückt Unverhältnismässigkeiten anzuprangern. *froh.*

«**Talking Bodies – Körperbilder im Plakat**», 3.11. bis 25.2.24, Museum für Gestaltung, Ausstellungsstrasse, Zürich.

Selbstermächtigung

In seinen Werken «Afrotopia» und «Zurückgeben. Über die Restitution afrikanischer Kulturgüter» (zusammen mit Bénédicte Savoy) vertritt der senegalesische Ökonom und Philosoph Felwine Sarr dezidiert die Meinung, dass die Prosperität des gesamten Kontinents Afrika nicht in Relation zu Europa oder gar der Nachahmung der dort praktizierten Konzepte zu geschehen habe, sondern aus



(Bild: Veronique Vercheval)

sich selbst heraus. Er formuliert die Utopie eines Labors für «eine reichhaltigere, offenere Menschheit mit einem geschärften ökologischen Bewusstsein und einer gerechteren Ökonomie, die uns nicht unterwirft». Mit «Traces – Discours aus Nations Africaines» hat er einen lyrischen Monolog geschrieben, der die Jugend Afrikas wortgewaltig zur Selbstermächtigung anspornt. Etienne Minoungou inszeniert und spricht diesen Monolog (französisch mit dt/engl. Übertiteln). *froh.*

Felwine Sarr & Etienne Minoungou: «**Traces – Discours aus Nations Africaines**», Sa/So, 4./5.11., 20h, Box im Schiffbau, Schauspielhaus, Zürich.

Gegengift

Kriege in einer Vielzahl, dass sich Redaktionen auf Berichte des Äussersten bescheiden, um ihr Publikum nicht bereits beim Morgenkaffee in die Stimmung einer kompletten Ausweglosigkeit zu katapultieren. Eine galoppierende Inflation, die fünfzehn Jahre nach der Finanzmarktkrise mit grosser Wucht nachvollzieht, was dem Lehrbuch gemäss bereits unmittelbar auf die Geldvermehrung hätte folgen müssen und ohne diesen Zusammenhang doppelt hinterhältig erscheint. Noch



(Bild: Stephan Roisin)

mehr schlechte Nachrichten gefällig? Eben. Pierre Omers Swing Revue aus Genf lehnen ihr zweites Album «Tropical Breakdown» hinsichtlich der Frivolität von Bühnenshow, optischer Täuschung durch ihren Black-Tie-Dresscode und die sagenhafte Durchhörbarkeit des beschwingten Albums an die ausgelassene Obszönität der Roaring Twenties, derweil sie hinterrücks Inhalte besingen, die sich des Untergangs unserer Titanic gewahr sind. *froh.*

Pierre Omers Swing Revue: «**Tropical Breakdown**», Plattentaufe, So, 5.11., 20.20h, El Lokal, Zürich.

Planetarium

Auch die Umlaufbahn von Cosima Grand folgt augenscheinlich einer gewissen Gesetzmässigkeit. Alle zwei Jahre erscheint sie seit 2016 mit einer neuen Kreation Tanz am Firmament und bleibt dort für wenige Tage stehen, bis diese aus dem Zürcher Blickfeld wieder verschwindet. «things veer», was im Kapitel «einfache Sprache» auf der Tanzhaus-Website mit «Dinge wechseln die Richtung» ausgedeutet wird, richtet den Blick in die Weiten des Alls und untersucht – mit Menschen alias Tänzer:innen – wie sich Umlaufbahnen zueinander verhalten und was wohl geschehen möge,



(Bild: Michelle Ettlin)

wenn sich die Trabanten, Planeten oder gar ganze Systeme plötzlich nicht mehr an die altgediente Gewohnheit von Anziehung und Abstossung halten. Klar, auf den ersten Blick erscheint dies als Chaos, was indes ja bereits am Ursprung unser aller Existenz stand, ergo auch für die Gelegenheit steht, Neues daraus erwachsen zu lassen. *froh.*

Cosima Grand: «**things veer**», Di. 7. bis So, 12.11., 20h (So, 18h), Tanzhaus, Zürich.

Mit Transparenz gegen die KI-Krise im Journalismus

Das Schweizer Publikum steht der Verwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) im Journalismus skeptisch gegenüber. Das zeigen die Ergebnisse einer Studie, die das Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (FÖG) der Universität Zürich in seinem Jahrbuch Qualität der Medien 2023 durchgeführt hat. Am Montag haben Vertreter:innen von Medien, Microsoft und Uni über die Befunde der Studie diskutiert.

Tim Haag

«Wenn Sie sich an der Qualität meiner Fragen stören, dann müssen Sie sich nicht bei mir beschweren», eröffnet SRF-Inlandredaktor Rafael von Matt-Graf die Podiumsdiskussion zu den Befunden des vom FÖG herausgegebenen Jahrbuchs Qualität der Medien 2023. Der Computer, genauer gesagt eine Künstliche Intelligenz (KI), habe nämlich beim Zusammenstellen des Fragenkatalogs geholfen. Die KI besteht den Test, das Publikum winkt die Fragen ohne Proteste durch.

Anders sieht es in der repräsentativen Umfrage zum Thema KI, die das FÖG mit 1254 Teilnehmer:innen im Rahmen des alljährlich veröffentlichten Jahrbuchs Qualität der Medien durchgeführt hat, aus. Dort ist die Akzeptanz für KI-generierte Inhalte im Journalismus gering, wie Mitherausgeber Daniel Vogler zu Beginn der Pressekonzferenz aufzeigt: Nur knapp ein Drittel der Befragten geben an, Beiträge lesen zu wollen, die vollständig von KI generiert wurden. Bei Texten, die von Medienschaffenden mit der Unterstützung von KI geschrieben wurden, liegt die Bereitschaft immerhin bei knapp 55 Prozent, bei vollständig KI-freien Texten bei 85 Prozent. Es gilt allerdings, nach Themenbereichen zu unterscheiden: Während fast zwei Drittel der befragten Personen sich damit abfinden könnten, wenn KI das Schreiben von Routinenachrichten wie Wetter oder Börsenkursen übernehme, liegt die Akzeptanz von KI-geschriebenen Politiknachrichten bei rund 16 Prozent. Die grössten KI-News-Fans sind – nicht ganz überraschend – junge, hochgebildete Männer.

Chancen...

Mehr als 60 Prozent der schweizerischen Bevölkerung sind gemäss der Studie der Überzeugung, dass die Gesamtqualität der Berichterstattung beeinträchtigt wird, wenn Künstliche Intelligenz vermehrt für das Verfassen von Artikeln eingesetzt wird. Zudem äussern über 80 Prozent der Umfrageteilnehmer den Wunsch, dass Inhalte, die ganz oder teilweise von KI generiert wurden, transparent gekennzeichnet werden.

Vom Zahlensalat zurück aufs Podium. Mark Eisenegger, Leiter für Angewandte Grundlagenforschung am FÖG, ist von den Resultaten der Studie nicht überrascht: «Wir beobachten oft eine skeptische Haltung in der Bevölkerung, wenn neue

Kommunikationstechnologien eingeführt werden.» Marc Holitscher, National Technology Officer bei Microsoft und damit KI-Vertreter auf dem Podium, sieht in den Antworten einen «Aufruf zur Information» – über die Gefahren, Möglichkeiten, aber auch darüber, was KI eigentlich genau ist. Katia Murmann vom Stifterverein Medienqualität und ehemalige Blick.ch-Chefredaktorin stimmt zu: «KI ist ein Buzzword, das gerade in aller Munde

Die grössten KI-News-Fans sind – nicht ganz überraschend – junge, hochgebildete Männer.

ist. Es muss aber zwischen der neuen, sogenannt generativen KI, die beispielsweise Texte oder Bilder generiert, und der älteren KI, die schon seit Jahren in Redaktionen im Einsatz ist, unterschieden werden.» Als Beispiel für die Letztere nennt sie einen Algorithmus, der im Rahmen des Equal-Voice-Programms von Ringier die Sichtbarkeit von Frauen in den Medien untersuchte und dokumentierte. «Dank des Algorithmus konnten wir die Repräsentation von Frauen in den Medien von 18 auf immerhin 32 Prozent erhöhen.» Deshalb laute ihr Credo für neue Technologien auch: «Nutze sie – im Wissen um ihre Chancen und Risiken.»

...Risiken...

Ein vielbeschworenes Risiko der Künstlichen Intelligenz ist, dass sie früher oder später den Beruf des Journalisten oder der Journalistin vollständig übernehmen werde. FÖG-Chef Eisenegger: «Es wird à la longue, hoffe ich zumindest, keine Berichte geben, die nur auf KI basiert sind. Es wird immer menschliche Intervention brauchen – bei der Auswertung, der Interpretation oder bei der Kontrolle des KI-generierten Outputs.» Ganz so unbrenzlich ist die Zukunft aber nicht, wie Andrea Masüger, Präsident des Verbands Schweizer Medien, einige KI-gestützte Fragen später skizziert: «Es wird nicht mehr lange gehen, bis es auch in der Schweiz Nachrichtenplattformen gibt, die vollständig von einer Künstlichen Intelligenz bewirtschaftet werden, welche sämtliche Informa-

tionen ohne Entschädigung aus den klassischen Medien absaugt und daraus ein Newsfeed baut.» Ein solches Angebot reiche wahrscheinlich den 43 Prozent «News-Deprivierten» in der Schweizer Bevölkerung, um schnell und oberflächlich informiert zu sein. Mit den «News-Deprivierten» ist der Teil der Bevölkerung gemeint, der gemäss FÖG-Jahrbuch kaum noch News konsumiert und nicht bereit ist, für diese zu bezahlen. 2009 zählten sich erst rund ein Fünftel der Schweizer:innen zu dieser Gruppe. «So geht das Geschäftsmodell der Verlage zugrunde», befürchtet Masüger. Und: «Was passiert mit unserer demokratiepolitischen Bildung, wenn nur noch KI-generierte Kurznachrichten in der Welt herumschwirren? Das klingt zwar nach Dystopie, aber ich habe wirklich Angst, dass es in diese Richtung gehen wird.»

...Lösungen?

Darf sich denn Künstliche Intelligenz überhaupt einfach an den Inhalten anderer Newsportale bedienen? «Eigentlich ist die Verwendung redaktioneller Texte durch KI schon heute vom Urheberrecht abgedeckt», sagt Masüger. «Was ChatGPT und Co. machen, ist urheberrechtlich nicht richtig und könnte in der Schweiz zu Folgen führen.» Die Frage sei einfach, wie man eine solche Entschädigungspflicht durchsetze. Immerhin gebe es, so FÖG-Leiter Eisenegger, schon erste Abkommen zwischen grossen Nachrichtenagenturen und KI-Anbietern, für die Verwendung derer Inhalte zu bezahlen.

Und wie wenden wir die drohende KI-Krise ab? Eine eindeutige Lösung scheint noch nicht in Sicht. Ein Wort, das während der Podiumsdiskussion in diesem Zusammenhang aber immer wieder fällt, ist Transparenz: Um gegen die «Informationsverschmutzung» durch KI vorzugehen, empfiehlt Mark Eisenegger, man müsse – beispielsweise in den digitalen Netzwerken – Journalismus in Zukunft eindeutig als solchen auszeichnen: «Wir müssen eindeutig erkennen können, was von validierter Quelle, von an den Pressekodex gebundene Journalist:innen kommt und was nicht.» Selbst bei Beiträgen ohne jeglichen Einbezug von KI sollten Medien in «erklärender Transparenz» angeben, wie viel Zeit, Geld und Technikressourcen eingeflossen seien. Quasi eine Lebensmitteldeklaration für journalistische Texte also.

Für einmal andere Allianzen

Der Axpo-Gründungsvertrag von 1914 wird durch einen Aktionärsbindungsvertrag und eine Eignerstrategie ersetzt. Dabei setzte sich eine Allianz aus SP, SVP, AL, EVP und Mitte in vielen Punkten durch. Am Morgen standen Geschäfte der Justizdirektion im Vordergrund.

Koni Loepfe

Es ist recht schwierig, die Bedeutung und die Auswirkungen der Debatte um die Axpo im Zürcher Kantonsrat einzuschätzen. Die Axpo ist einerseits eine ganz normale Aktiengesellschaft mit einem Verwaltungsrat, der abschliessend entscheidet und dabei laut Aktienrecht dazu verpflichtet ist, im Interesse der Firma, allenfalls auch des Überlebens der Firma zu entscheiden und andere Zwecke hintanzustellen. Die Axpo gehört sieben Kantonen und deren Elektrizitätswerken. Diese Kantone und ihre Werke haben die Axpo gegründet, um ihre Kantone mit genügend Strom zu versorgen: In einem Business, das sehr grosse Investitionen erfordert und bei dem sich Handel und Produktion immer mehr vermischen und es längst nicht mehr so klar ist, ob das Wohl und Wehe der Axpo und Ihrer Kunden vom Füllstand der Stauseen, der Menge an eigenem Solarstrom, der Betriebsdauer der Atomkraftwerke oder den Schwankungen der internationalen Strombörse abhängt. Drastisch wurde dies, als im letzten Jahr der Bund einen Schutzschirm in der Höhe von vier Milliarden Franken für die Axpo aufspannte, damit die Axpo allenfalls ihren Verpflichtungen auf dem Strommarkt nachkommen kann. Dass sie den Schirm dann nicht benötigte, ändert nichts daran, dass die Notwendigkeit dieses Schirmes fast allen in die Knochen fuhr. Zumal für alle, wie dies Rosmarie Joss (SP) in der Debatte am Montagnachmittag am klarsten ausführte, genügend und erneuerbarer Strom das zentrale Element der Klimapolitik ist.

Die Axpo funktionierte lange nach dem Prinzip grosser Aktienunternehmen, die eigentlich im Besitz des Staates sind. Die Exekutive wählt die Verwaltungsrät:innen; solange diese Unternehmen auch dank fixen Preisen Gewinn und Leistung abliefern, ist alles in Ordnung. Vor allem der Freisinn kam aber, auch auf Druck der EU, zur Überzeugung, dass eine Liberalisierung des Strommarktes zu günstigeren Preisen führen würde. Aus dem – etwas zu simpel zusammengefasst – einfachen Geschäft der grossen Stromunternehmen, Strom zu produzieren und zu verkaufen, wurde ein internationales Business, bei dem man viel Geld verdienen, aber auch verlieren konnte. Zu einem eigentlichen Erwachen kam es, als vor allem die Alpiq (aber auch die Axpo) sich überlegten, grosse Wasserkraftwerke zu verkaufen und sich ganz auf den Handel zu konzentrieren.

Heimfall

Das führte zu einem Schulterchluss (ähnlich auch bei der Kantonbank) zwischen SP und SVP,

die beide sichern wollten, dass die Stromproduktion in den eigenen Händen bleibt, was Grünliberale und Freisinnige mitunter auch als Heimatschutz bezeichnen. Da der Gründungsvertrag der Axpo aus dem Jahre 1914 aus verschiedenen Gründen nicht mehr brauchbar war, einigte man sich auf eine Neufassung, in der mit einem Aktionärsbindungsvertrag einerseits die Rechte der Aktienbesitzer untereinander geregelt werden und in einer Eignerstrategie andererseits die Ziele der Besitzer deklariert werden. Da sieben Kantone (der Kanton Zürich besitzt zusammen mit dem EKZ 36 Prozent der Aktien) sich einigen mussten, war dies selbstverständlich nicht ganz einfach, zumal die Kantonsräte deutlich mehr als bisher mitbestimmen wollten. Der Zürcher Kantonsrat drohte mit einem Veto gegen den neuen Vertrag, dem bereits fünf Kantonsparlamente zugestimmt hatten. So wur-

Kernpunkt des absehbaren Kompromisses: Die bestehenden Produktionsanlagen müssen im Besitz der Axpo bleiben und diese im Besitz der Öffentlichkeit. Sollte einer der bisherigen Aktienbesitzer oder auch der Kanton verkaufen wollen, entscheidet der Kantonsrat darüber.

de nochmals verhandelt und nach einer erneuten Beratungspause wegen der Energiekrise fand sich ein Kompromiss, der auch im Zürcher Kantonsrat dank eines Zusammenschlusses von SP, SVP, AL, Mitte und EVP eine Mehrheit fand, respektive finden wird. Kernpunkt: Die bestehenden Produktionsanlagen müssen im Besitz der Axpo bleiben und diese im Besitz der Öffentlichkeit. Sollte einer der bisherigen Aktienbesitzer oder auch der Kanton verkaufen wollen, entscheidet der Kantonsrat darüber. Dieser kann auch dann entscheiden, wenn der Regierungsrat keinen Antrag stellt. Der Kantonsrat ging noch einen Schritt weiter: Gegen einen Entscheid beim Aktienkauf des Kantons kann das fakultative Referendum ergriffen werden. Während

Rosmarie Joss dies als Absicherung des Nichtverkaufs betrachtet, sieht Thomas Forrer (Grüne) darin eine Möglichkeit für kleine Interessensgruppen, den Kantonsrat unter Druck zu setzen.

Relevanter dürfte ein anderes Thema sein: Die Axpo besitzt 33 Wasserkraftkonzessionen, die bis 2050 an die Gemeinden und Bergkantone heimfallen. David Galeuchet (Grüne) findet deshalb die Bestimmung, dass alle Wasserkraftwerke im Besitz der Axpo bleiben sollen, eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, da die Axpo bei einem Heimfall machtlos sei. Das sieht Martin Hübscher (SVP) deutlich anders: «Es geht darum, den betroffenen Gemeinden und Kantonen innovative Angebote zu machen. Sie sind grösstenteils kaum in der Lage, die nötigen Investitionen in die Weiterführung der Kraftwerke zu stemmen. Sie pokern jetzt um einen höheren Erlös.» Einig sind sich die meisten darin, dass im Inland mehr in erneuerbare Energien investiert wird, wobei es der FDP und den Grünliberalen wichtiger ist, dass überhaupt in Erneuerbare investiert wird, sei es in der Schweiz oder anderswo. Die Kernbotschaft des Zürcher Kantonsrats in seiner grossen Mehrheit ist indes eindeutig: Die Axpo soll vor allem die eigene Stromproduktion fördern und sich weniger auf den Handel konzentrieren.

Justizreform

Gegen die Stimmen von SP, AL und Grüne lehnte der Kantonsrat ein Postulat von Silvia Rigoni (Grüne) für das Bezirksgericht als erster Instanz für Rekurse gegen Entscheide der Kesb ab. Derzeit gehen diese Rekurse an den Bezirksrat und von dort in zweiter Instanz an das Obergericht. Dieser Weg ist kompliziert und trifft beim Bezirksrat auf die Laienebene. Die Justizdirektion arbeitet an einer Reform und sieht wie in anderen Kantonen nur noch eine das Obergericht als mögliche Rekursinstanz. Die Kesb sei wie ein Gericht aufgestellt, führte Regierungsrätin Jacqueline Fehr aus. Dazu spiele gerade bei Entscheiden bei Kindern die Zeit eine grosse Rolle. Es gehe hier um Grundrechte, die ein sehr sorgfältiges Vorgehen mit vielen Augen erfordern, so das Gegenargument von Silvia Rigoni.

Gegen den Willen der SVP und der FDP erhöhte der Kantonsrat den jährlichen Beitrag an das Theater Kanton Zürich um 300 000 Franken. Dieses Geld ist für das Junge Theater vorgesehen, das mit seinen Aufführungen in die Schulklassen geht und das in der von der Kantonbank finanzierten Projektphase damit sehr erfolgreich war.

Gebühren und Überwachung

Der Zürcher Gemeinderat hat eine parlamentarische Initiative zu den Taxen in den Alterszentren vorläufig unterstützt und jenen Teil der Datenschutzverordnung revidiert, der sich mit der Videoüberwachung befasst.

Nicole Soland

An der Sitzung des Zürcher Gemeinderats vom Mittwochabend stand ein Geschäft mit ungewöhnlicher Herkunft auf der Traktandenliste: Dass SP, SVP, Grüne und AL gemeinsam einen Vorstoss einreichen, sieht man nicht alle Tage. Es handelte sich um eine parlamentarische Initiative mit dem Titel «Festlegung der Taxen in den Alterszentren durch den Gemeinderat, Änderung der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen». Vorab: Die Taxen der Bezüger:innen von Zusatzleistungen sind von der Erhöhung nicht betroffen, die Änderung betrifft somit vor allem den Mittelstand. Es geht nur um die Beträge für Hotellerie und Betreuung, die Pflegeleistungen werden via Krankenkassen abgerechnet.

Florian Utz (SP) stellte die parlamentarische Initiative vor: Die Gebühren sollten um durchschnittlich 6205 Franken pro Jahr erhöht werden. Dazu stellten sich zwei Fragen, nämlich erstens, ob es richtig sei, die Taxen zu erhöhen, und zweitens, ob es richtig sei, dass der Stadtrat einen solchen Entscheid «in Eigenregie» treffe. Zum Glück beantwortete die Mehrheit diese Fragen mit Nein, fügte er an und verwies auf Artikel 54 der Gemeindeordnung. Demgemäss sei der Gemeinderat zuständig für den Erlass von Verordnungen und die wesentliche Höhe der Gebühren, während er die «Feinjustierung» an den Stadtrat delegieren könne. Plus durchschnittlich 6205 Franken pro Jahr sei keine unwesentliche Erhöhung, deshalb sollte(n) der Gemeinderat – und in letzter Instanz die Stimmberechtigten via fakultatives Referendum – entscheiden. Florian Utz befand weiter, es gebe auch inhaltliche Gründe: Wenn der Gemeinderat sich damit befassen müsse, ob der Güselsack dreissig Rappen teurer werden oder die Parkplatzgebühr drei Franken mehr kosten solle, dann dränge es sich sowohl aus juristischen wie auch inhaltlichen Gründen auf, dass hier parlamentarische Mitsprache gefragt sei. Mit 68 Stimmen unterstützte der Rat die parlamentarische Initiative vorläufig – nötig gewesen wären deren 42.

«Senior:innen am Erfolg beteiligen»

Ansonsten hätte es dazu im Moment keine weitere Diskussion gegeben, wäre nicht noch ein dringliches Postulat derselben vier Fraktionen zum selben Thema auf der Traktandenliste gestanden, und dieses wurde anschliessend diskutiert. Zur Begründung führte Florian Utz unter anderem die gestiegenen Kosten für Kranken-

kassenprämien, Mieten, Lebensmittel etc. an und erklärte, die geplante Erhöhung der Taxen der Gesundheitszentren für das Alter gehe «massiv» über die Teuerung seit der letzten Erhöhung hinaus, und die Teuerung von 2023 sei noch nicht dabei. Damit sei absehbar, dass 2027 eine weitere massive Erhöhung anstehe. Und grundsätzlich gehe es nicht an, ausgerechnet von den Senior:innen, die unseren Wohlstand begründet hätten, zu verlangen, dass sie im Alter den Gürtel enger schnallen müssten. Der Stadt gehe es gut, sie könne es sich leisten. Es wäre «zutiefst ungerecht», die Senior:innen jetzt nicht «am Erfolg zu beteiligen».

«Es wäre zutiefst ungerecht, die Senior:innen jetzt nicht am Erfolg zu beteiligen.»

Florian Utz, SP

Verordnung «deutlich verabschiedet»

Stadtrat Andreas Hauri erinnerte daran, dass die Taxen seit 2015 nicht mehr angepasst worden seien, während die Kosten gestiegen seien. Nach wie vor werde keine Kostendeckung von 100 Prozent erreicht. Die neue Verordnung sei im Dezember 2022 im Gemeinderat «ganz deutlich» verabschiedet worden. Gegen die Ausführungsbestimmungen sei kein Rechtsmittel ergriffen worden, und der Preisüberwacher habe ebenfalls nichts beanstandet. Der Stadtrat finde die Anpassung «gerechtfertigt, fair und alles andere als überrissen».

Er fand Gehör bei seiner GLP, der FDP und auch der Mitte-/EVP-Fraktion, die das dringliche Postulat «mit Nachdruck» ablehne, wie David Ondraschek (Mitte) betonte. Deborah Wettstein (FDP) befand, die Anpassung sei schon lange nötig und nicht übertrieben. Auch Florine Angele (GLP) erinnerte daran, dass der Rat vor einem Jahr die Verordnung einstimmig gutgeheissen habe, und darin stehe nun mal, dass die Taxen angepasst werden könnten und dass dies in der Kompetenz des Stadtrats liege. Mit 69 gegen 45 Stimmen überwies der Rat das dringliche Postulat. Nachbemerkung: Am Rande der Sitzung bekam P.S. hinter vorgehaltener Hand von einem Mitglied

der linken Ratsseite zu hören, das sei jetzt «purer Populismus» gewesen, und wenn der Rat über die Taxen entscheide, könnten sie nie mehr erhöht werden, weil Politiker:innen bekanntlich wiedergewählt werden wollen...

Videoüberwachung

Am meisten Sitzungszeit beanspruchte sodann die Teilrevision der Datenschutzverordnung, wobei der Rat nicht nur 13 Änderungsanträge abzuarbeiten hatte, sondern im Rahmen dieses Geschäfts auch drei Motionen und zwei Postulate zur Abschreibung anstanden. Worum es nicht gehe, hielt Michael Schmid (FDP) fest: Eine Videoüberwachung à la Big Brother wollten wir nicht. Doch nicht alle Videoaufnahmen seien auch Überwachungen. Webcams zu Werbezwecken etwa fielen nicht darunter. Dann kam er zum umstrittensten Punkt: Der Gemeinderat könne keine Bestimmungen für Videoüberwachungen durch Private erlassen, denn dafür sei der Bund zuständig. In der Verordnung heisst es denn auch, private Videoüberwachungen des öffentlichen Raums seien datenschutzrechtlich grundsätzlich unzulässig. Doch es gibt ein «Aber»: Werde bei einer an sich rechtmässigen Videoüberwachung von privatem Grund öffentlicher Boden miterfasst und nur geringfügig betroffen, so werde dies in der Regel aus Gründen der Praktikabilität akzeptiert, wenn die Überwachung des privaten Raums anders nicht durchführbar sei.

Matthias Probst (Grüne) sagte es so: Dem «Wildwuchs» des Mitfilmens von Privaten über öffentlichen Raum sei Einhalt zu gebieten. Sein Fraktionskollege Luca Maggi erklärte, Privaten sei es verboten, den öffentlichen Raum zu überwachen. Doch es gebe «Graubereiche», wo eine Kamera eben nicht nur ein Schaufenster filme, sondern die ganze Strasse überwache. Wenn dieses Filmen der Strasse nicht das Ziel sei – dann wäre es verboten –, sondern eine Nebenerscheinung, müsse man es reglementieren und bewilligen lassen. Sonst habe man «einen Haufen Videoaufnahmen von Leuten im öffentlichen Raum», und es wäre nicht klar, wer diese Videos anschauere, wie lange sie aufbewahrt würden und ob sie gar in Prozessen verwendet würden.

In der Detailberatung setzte sich die Linke auch bei der umstrittenen Bewilligungspflicht durch. Die Vorlage geht nun an die Redaktionskommission, die Schlussabstimmung folgt in ein paar Wochen.

«Ja, aber...»

Facetten zum Nahostkonflikt, auch hier in Zürich:

Schlag auf Schlag,
Kein Moment zum Trauern.

Die Hamas mordet, schändet, entführt. Es ist Programm, Ideologie, das Ziel ist wichtig, Menschenrechte nicht.

Erinnerung an eine Tagung in Zürich während der 1. Intifada.

Teilnehmer:innen waren eine Ärztin vom Gaza Community Mental Health Programme GCMHP, Ruchama Martens von den Physicians for Human Rights Israel.

Wir von der Olivenölkampagne, Palästinenser:innen, Juden, Israeli, Schweizer:innen.

Ich erinnere mich, wie gespannt ich war, jemanden aus Gaza kennenzulernen.

Bevor sie über ihre psychosoziale Arbeit erzählen könne, wolle sie ihre Situation kontextualisieren, sagte die Ärztin.

Sie zeigte eine Karte von Palästina: Das Gebiet war einfarbig eingefärbt, ohne Grenzen vom Meer zum Jordan.

«Das ist Palästina», erklärte sie.

Ich war fassungslos. Neben ihr sass die Ärztin der Israeli Physicians for Human Rights, die unter enormem Aufwand gratis in ihrer Freizeit regelmässig nach Gaza gefahren war, um den Aufbau dieser psychologischen Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Sie existierte in diesem Narrativ nicht, auch nicht das Land, in dem sie wohnte.

Die Frau aus Gaza erzählte, was nach einem Selbstmordattentat geschieht. Dass Hamas-Kämpfer jubelnd zu den Familien kommen: der Sohn sei jetzt bei Allah, ein Held. Die Mutter, die Frauen müssten glücklich und stolz sein. Sie betont: Trauer sei verpönt.

Sie beschrieb eindrücklich, wie sie dann dort sitze bei den Müttern, warte, bis die Gotteskrieger gegangen waren. Wie sie dann ganz behutsam die Frauen frage, wie es ihnen gehe.

Ich konnte fast nicht mehr zuhören, weil ich mich in die Lage dieser Mütter versetzte.

In der Pause sprach ich sie darauf an, dankte ihr für die eindrückliche Schilderung, sagte, wie sehr es mich berührt, dieses nicht Trauern dürfen. Und dass ich verstehe, welche grauenhaften Folgen das hat.

Dann sprach ich sie auf die Kontextualisierung an. Fragte, ob es ihr bewusst war, dass Frau Dr. med. Marton, die sie über Jahre hinweg geschult und unterstützt hatte, im Raum war. Dass sie von Israel

kommt. Dass mich das getroffen hat, dass Israel von der Karte ausgelöscht war.

Sie schaute mich erstaunt an, sagte: «Ich habe es nicht gemerkt, dass Israel nicht eingezeichnet war.»

Ich bat sie, das nach der Pause richtigzustellen und sie tat es. Entschuldigte sich klar und deutlich, eine Wohltat.

Trauernde und traumatisierte Menschen nehmen nur noch ihr eigenes Trauma wahr, mit ganz wenigen Ausnahmen.

Das ist so, bei uns allen.

Auch bei Palästinenser:innen.

Auch bei Israelis.

Stell dir vor, jemand, den du liebst, stirbt. Jemand kommt zu dir und sagt:

«Ich kondoliere dir von Herzen, aber er hat ja gearbeitet.»

Die Reaktion der Trauernden wäre vermutlich zynische Verachtung, Hass oder Wut.

Kein einigermassen sensibler Mensch würde so reagieren.

Im politischen Kontext ist dieses «Ja, aber» anscheinend Norm.

Die Hamas mordet, schändet, entführt. Die Kommentare sind:

Das ist schrecklich, aber ...

Sogar der UNO-Generalsekretär Antonio Guterres sagt es so am 24.10.2023.

Kein Platz für Trauer. Kein Innehalten. Kein Ernstnehmen.

Freitagabend 20.10.2023 in Zürich

Zitternd wirft sich eine Freundin an meine Schultern und schluchzt:

«Ich halte diesen Hass nicht mehr aus.»

Ich hatte sie zum Abendessen eingeladen, sie kam in der Stadt an der unbewilligten Palästinademo vorbei. Sie schilderte mir mit Entsetzen in den Augen:

Wütende Masse, Fahnen, Plakate mit «Free Palestine from Jordan to the sea».

Wir beide sind über das Vorgehen der israelischen Regierung entsetzt. Wir wünschen uns, dass die Geiseln heil zurückkommen, die Kämpfe beendet werden, der Konflikt diplomatisch angegangen wird.

Aber diese Stimmung. Nicht einmal mehr ein «Ja, aber».

Trauer auf beiden Seiten hat keinen Platz.

Trauernde brauchen Beistand. Ungeteilten Beistand. Und Zeit.

Menschen, denen das nicht gewährt wird, die stolz sein müssen, dass ihre Kinder Märtyrer wurden oder Menschen, deren Trauer nicht ernst genommen wird, reagieren mit Wut und Hass.

Das ist bei allen so, bei Palästinenser:innen und Israelis, isoliert im Leid.

Was ich im pazifistischen und linken Umfeld höre, ist oft: Die Geiselnahmen der Hamas sind schlimm, aber was in Gaza passiert ...

Sofern uns Juden überhaupt jemand darauf anspricht, fragt, ob wir Familie oder Freunde in Israel haben (was für die meisten zutrifft), wird es oft mit «ja, aber» formuliert.

Antonio Guterres hatte in der Sache recht, nur reicht das nicht.

Auch Politik hat eine Psycho-logik.

Was Not tut ist die Anerkennung des Schmerzes, die Anerkennung des Traumas der Geiselnahme. Und ein volles Engagement, dass diese entführten Menschen lebend zurückkommen.

Nur damit lässt sich Israels Strategie bewegen, wenn überhaupt.

Ebenso anspruchsvoll ist die Frage, was wir hier in der Schweiz zur Entspannung beitragen können. Meine Erfahrung ist, dass gerade im Ausland Begegnungen stattfinden können, die vor Ort wegen des Kriegszustandes schwerer möglich sind.

Voraussetzung ist Offenheit, es geht um Schmerz, den bodenlosen Schmerz – Raum für den Schmerz auf beiden Seiten. Eine Bereitschaft, dies allen Betroffenen zuzugestehen.

Ein wesentlicher Beitrag ist, allen Betroffenen zuzuhören, gut zuzuhören. Das heisst nicht, deren Meinung zu teilen, keineswegs.

Aber verstehen, damit klar wird, was für diesen speziellen Menschen das Zentrale ist. Das variiert oft beträchtlich.

Es braucht Empathie für beide Seiten. Das scheint auch hier eine rare Fähigkeit zu sein.

Dazu dienen sicher nicht Demos, die die Kluft erweitern, die nur die eine Sicht bekräftigen und keinen Platz für Trauer geben.

Unterstützen wir die GSoA, die Combatants for Peace, JVJP, Amnesty und viele mehr, die Brücken bauen, auch wenn es im Moment noch Regenbogenbrücken sind.

Stehen wir den Trauernden bei, das vor und über allem.

Noëmi Holtz

Unbefristete Laufzeit für Kehrlichtverbrennung?

In der Kontroverse zwischen dem Kanton und dem Zweckverband Entsorgung Zimmerberg um die vom Kanton bereits mehrfach hinausgeschobene, aber nie zurückgenommene Stilllegung der KVA Horgen zeichnet sich möglicherweise eine Wende ab.

Arthur Schöpfi

An der Delegiertenversammlung von Entsorgung Zimmerberg von letzter Woche in der KVA Horgen zeigte sich Präsident Markus Uhlmann aufgrund einer unlängst erfolgten Stellungnahme des kantonalen Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel) jedenfalls verhalten optimistisch, dass die KVA Horgen doch noch zu einer unbefristeten Betriebsbewilligung kommen könnte. Und nicht bloss zu einer bis 2038 befristeten Laufzeitverlängerung, wie dies der Kanton zuletzt in Aussicht gestellt hatte.

«Eine von mehreren Optionen»

An einer vom Awel für den 16. November anberaumten Zusammenkunft mit den Spitzen der Trägerschaften aller fünf KVA-Anlagen im Kanton solle nun eine unbefristete Betriebsbewilligung für die KVA Horgen thematisiert werden, gab Uhlmann bekannt. Beim Zweckverband, der im Auftrag der neun Bezirksgemeinden die linksufrigen KVA betreibt, sieht man darin «zumindest einen Silberstreifen am Horizont», wengleich

mit Widerstand zu rechnen sei. Namentlich von der Trägerschaft der Limeco-KVA in Dietikon, die eine wesentlich grössere neue Anlage plant, wie Uhlmann ausführte. Oder auch von der KVA Winterthur, die Überkapazitäten habe. Es gebe keinen plausiblen Grund für die Stilllegung der Horgner KVA, lautete denn auch der Tenor an der Delegiertenversammlung. Die Anlage, die jährlich 35000 Tonnen Abfall verwertet, werde auch Dank der angeschlossenen Fernwärmeversorgung höchst energieeffizient betrieben und werfe regelmässig Gewinne ab, mit denen dann andere Bereiche der Entsorgung finanziert werden könnten, wurde argumentiert. Bei der kantonalen Baudirektion bestätigt man, dass das Awel derzeit die Kapazitäts- und Standortplanung für die thermische Verwertung von Abfällen überprüft und dabei «im Austausch» mit den KVA-Betreibern in Zürich, Winterthur, Horgen, Dietikon und Hinwil stehe. «Ein unbefristeter Weiterbetrieb der

«Ein definitiver Entscheid ist noch nicht gefällt.»

**Katharina Weber,
Mediensprecherin Awel**

KVA Horgen ist eine von mehreren Optionen», die man bei der Zusammenkunft mit den KVA-Trägerschaften diskutieren werde, sagt die bei der Baudirektion für das Awel zuständige Mediensprecherin Katharina Weber gegenüber P.S. Und sie betont: «Ein definitiver Entscheid ist noch nicht gefällt.»

Schliessung mehrmals vertagt

Der Kanton wollte die landesweit kleinste KVA in Horgen ursprünglich bereits 2018 gegen den Willen der Betreiber zugunsten der übrigen vier zürcherischen Anlagen aufheben. Mehrmals wurde der Schliessungstermin seither hinausgeschoben. Erst auf 2030, dann auf 2033 – bis der Kanton schliesslich dieses Jahr dann nochmals eine Fristerstreckung bis 2038 in Aussicht stellte. Entsorgung Zimmerberg und die Bezirksgemeinden aber beharren auf einer unbefristeten Bewilligung – nicht zuletzt auch, um eine langfristige Planung sicherzustellen, wie an der Delegiertenversammlung mehrfach zu hören war. Ob bloss befristet bis 2038 oder unbefristet – in beiden Fällen muss der Weiterbetrieb der linksufrigen KVA letztlich auch noch vom Kantonsrat mittels einer Richtplananpassung abgesehnet werden. Weil im aktuell gültigen Richtplan eine voraussichtliche Schliessung für 2031 vorgesehen ist.

WEINKOLUMNE VON BARBARA MAEY



Nicht mein Stil

Alle Schreibenden setzen sich früher oder später mit KI bzw. textender Software auseinander. Salman Rushdie etwa liess kürzlich verlauten, dass er keine Angst vor KI habe. Der Text, den diese in seinem Stil zu schreiben hatte, war «totaler Müll», so Rushdie. Ich bin natürlich weit davon entfernt, mich mit Rushdie zu vergleichen, das sei vorausgeschickt. Auch habe ich nicht seine Berühmtheit. Dennoch habe ich die KI beauftragt, einen Beitrag zum Thema «Weinernte 2023» im Stil von La Terroiriste zu schreiben. Bitteschön: «Liebe Weinfreunde, es ist mal wieder an der Zeit, sich in die faszinierende Welt des Weins zu begeben. (...) Als leidenschaftliche Weintrinkerin und Liebhaberin der Natur habe ich mich auf den Weg gemacht, um die Weinberge zu erkunden und die wundersamen Geschichten hinter diesem Jahrgang zu entdecken. (...) Ich treffe auf Winzer und Erntehelfer, die in den frühen Morgenstunden zwischen den Reben arbeiten. Ihre Hände sind gezeichnet von der harten Arbeit, aber ihre Augen strahlen vor Stolz und Vorfriede. (...) Ein Gespräch mit einem erfahrenen Winzer eröffnet mir die wundersame Welt des Terroirs. Dieser Begriff mag für viele wie eine leere Wort-hülse klingen, aber er hat einen tiefen Einfluss auf den Charakter eines Weins. Die einzigartige Kombination aus Boden, Klima und Lage eines Weinbergs prägt den Geschmack und die Qualität des Weins. (...) Lasst uns auf die Weinernte 2023 anstossen. Möge jeder Schluck uns an die Schönheit und die Wunder der Natur erinnern, die sich in jeder Flasche Wein verbergen. Cheers, meine lieben Weinfreunde!» Etwas viel Pathos ist da drin. Ich würde sagen, das ist definitiv nicht mein Stil. Ich hoffe, Sie sind da mit mir einig... Was der KI (unter anderem) fehlt, sind die persönlichen Kontakte mit den Produzentinnen und Produzenten, da habe ich ihr eindeutig etwas voraus. Davon, was diese mir erzählt haben über die Ernte 2023, werde ich im nächsten Beitrag berichten, meine lieben Weinfreunde! Urteilt danach selber.

Barbara Maey führt eine Weinhandlung in Zürich. barbara@laterroiriste.ch

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochaux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schöpfi (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos: Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.- (Gönner:innen: ab 300.-), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.-, www.loopzeitung.ch

Weinhandlung
Maria Bühler



Degustation:
Sa, 4. November

Weinhandlung Maria Bühler
Töpferstrasse 28 • 8045 Zürich
Tel. 044 272 38 30 • www.buehlerweine.ch
Offen: Freitag & Samstag, 12 – 18h

Château-Carton
Weine aus der ökologischen Box.

Les Vignes
EST. 2015

**Europäische Weine
aus nachhaltiger Produktion -
klimaneutral geliefert.
Stöbern Sie in der Weinhandlung
oder im Onlineshop.**

Les Vignes Weinhandlung | Freilagerstrasse 55 | 8047 Zürich
044 542 82 09 | wein@les-vignes.ch | les-vignes.ch



**Neue
Wege**

Religion
Sozialismus
Kritik

neuewege.ch

Neue Wege
10/11.23

**Spaltpilz
Frieden.**

**Wir
müssen
reden.**

Samstag,
4. November 2023
18.15–20 Uhr

St. Anna-Kapelle
St. Annagasse 11, Zürich

Heftvernissage zu
Neue Wege 10/11.23
mit anschliessendem Apéro
Eintritt frei, Kollekte

Gespräch mit

Friedrich Kramer,
Friedensbeauftragter des Rates
der Evangelischen Kirche
in Deutschland EKD

Anja Gada,
politische Sekretärin GSoA

Anna Jikhareva,
Reporterin WOZ

Moderation
Matthias Hui, *Neue Wege*

Mit der Kettensäge in den Ständerat?

Das Leben der Bauern ist hart. Nicht die harte Arbeit, der geringe Verdienst, die mangelnden Ferien. Nein, es sind die vielen Formulare, mit denen Landwirt:innen am meisten zu kämpfen haben. Jedenfalls geht es Martin Hübscher so, Fraktionschef der SVP, Landwirt und neu gewählter Nationalrat. Zum Glück gibt es Gregor Rutz. Der Ständeratskandidat sorgt für praktische Abhilfe: Mithilfe einer Kettensäge macht er aus dem Büro von Martin Hübscher Kleinholz. Das ist – etwas verkürzt – der Inhalt eines Wahlvideos des Zürcher Bauernverbands für Gregor Rutz. Das Video schafft es vermutlich locker in die Top Fünf der Wahlvideos mit der meisten unfreiwilligen Komik. Fairerweise muss man sagen, dass Wahlkampfvideos sehr häufig damit operieren. Aber bei mir bleiben da ein paar Fragen offen: Was hilft Zersägen von Büromöbeln gegen Bürokratie? Warum glaubt der stets fein gekleidete Gregor Rutz, man nehme ihm die Arbeiterlatzhose ab? Aber ich bin auch nicht die Zielgruppe. Das Vorbild für das Antibürokratie-Kettensägen-Massaker könnte der libertäre argentinische Populist Javier Milei sein, der ebenfalls gerne mit der Kettensäge antritt. Macht aus dem Staat Sperrholzsalat sozusagen.

Was hilft Zersägen von Büromöbeln gegen Bürokratie? Warum glaubt der stets fein gekleidete Gregor Rutz, man nehme ihm die Arbeiterlatzhose ab?

Rutz kandidiert für den zweiten Wahlgang des Ständerats. Die freisinnige Regine Sauter hat ihre Kandidatur zurückgezogen. Hans-Jakob Boesch, abtretender Präsident der FDP Kanton Zürich macht dafür die Wirtschaftsverbände verantwortlich, wie er in einem Interview mit dem *«Tages-Anzeiger»* ausführte: «Die Wirtschaftsverbände sind am Montag nach dem ersten Wahlgang in die Verhandlungen eingestiegen mit der Aussage, sie unterstützten nur SVP-Kandidat Gregor Rutz, weil sie seine Chancen als höher erachteten.» Boesch ist der Ansicht, dass Sauter die besseren Chancen gehabt hätte. Wenn Rutz nicht gewählt wird, «tragen die im Forum Zürich vereinten Wirtschaftsverbände die Verantwortung dafür.» Warum die Zürcher Wirtschaftsverbände lieber einen Gegner der Bilateralen Verträge hat als die ehemalige Direktorin der Handelskammer erschliesst sich mir auch nicht. Es muss die Kettensäge sein.

Im Forum Zürich vertreten ist unter anderem der Gewerbeverband der Stadt Zürich, deren

Präsidentin Nicole Barandun auch noch Co-Präsidentin der Mitte Kanton Zürich und ebenfalls neu gewählte Nationalrätin ist. Die Mitte Zürich beschloss auf Antrag des Co-Präsidiums eine Stimmfreigabe. Das ist doch halbwegs erstaunlich, da Tiana Angelina Moser als Kandidatin der Grünliberalen inhaltlich der Mitte nahesteht. Sie begründet die Nichtpositionierung wie folgt: «Wir pflegen in wirtschaftlichen Fragen seit vielen Jahren eine gute Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Ratsseite, in Fragen des Umweltschutzes und einer offenen Gesellschaft stimmen wir auch oft mit den Anliegen der Grünliberalen Partei überein. Leider hat sich der zweite Wahlgang sehr schnell von einer Personenwahl zu einem Lagerwahlkampf entwickelt. Angesichts dieser Entwicklung verzichtet die Mitte Kanton Zürich auf eine Empfehlung im 2. Wahlgang und beschliesst Stimmfreigabe. Die Mitte ist die relevante Stimme im Zentrum der Politik. Sie lässt sich daher getreu ihrer Haltung nicht auf polarisierende Lagerkämpfe zwischen Links und Rechts ein, sondern wählt den starken Weg der Mitte.» Der starke Weg ist also die Nichtpositionierung. Auf Freude stösst sie dabei bei niemanden. Boesch kritisiert sie denn auch im *«Tages-Anzeiger»*: «Die Mitte betreibt Rosinenpickerei. Für die Unterstützung ihrer wieder kandidierenden Regierungsrätin Silvia Steiner waren die FDP und die SVP gut genug. Jetzt weigert sich die Mitte, den Kandidaten der SVP und der FDP zu unterstützen.»

Der grüne Kandidat Daniel Leupi hat sich aus dem Ständeratsrennen zurückgezogen. Dabei platzierte er im *«Tages-Anzeiger»* noch einen Seitenhieb an die SP: «Die Grünen wären hinter mir gestanden. Die SP hat aber klar signalisiert, dass sie auf die GLP-Kandidatin setzt.» Diese hatte offenbar den Grünen klargemacht, dass sie die Chancen, dass Tiana Moser gegen Gregor Rutz gewinnt, als grösser erachtet. Nun ist das mit der Frage des Potenzials immer so eine Sache. 2007 lag Chantal Galladé, damals noch SP-Ständeratskandidatin, nach dem ersten Wahlgang vor der Grünliberalen Verena Diener. Nach grossem öffentlichem Druck zog sie – eher widerwillig – ihre Kandidatur zurück. Verena Diener schlug sodann Ueli Maurer im zweiten Wahlgang und zog in den Ständerat ein. Es ist nicht unmöglich, dass es Chantal Galladé auch geschafft hätte. Nur lag eben Daniel Leupi nicht vor Moser, sondern hinter ihr zurück. Vor vier Jahren hatte es noch anders ausgesehen: Da hatte Marionna Schlatter das bessere Resultat als Tiana Moser erzielt. Das Resultat von Leupi ist daher nicht sonderlich gut, zumal er eine engagierte Kampagne führte und in seinem Komitee auch auf überparteilichen Support zählen konnte. Das kann daran liegen, dass bereits im ersten Wahlgang einige linke Wähler:innen für Moser anstelle von Leupi votiert hatten. Es kann aber auch sein,

dass Zürcher Stadträte ausserhalb der Stadt Zürich nicht auf so viel Gegenliebe stossen. Auch Sepp Estermann, der ehemalige Stadtpräsident, schaffte es 2003 nicht, für die SP einen Ständeratssitz zu erobern. Dies obwohl die SP im gleichen Jahr in den Nationalratswahlen ein gutes Resultat erzielte. Die SP hat am vergangenen Donnerstag einstimmig die Unterstützung von Tiana Moser beschlossen. Damit erhielt die Grünliberale ironischerweise mehr Stimmen als die Nomination von Daniel Jositsch als Bundesratskandidat, der auf Widerstand von der Jusos stiess.

Damit hat sich die Ausgangslage einigermaßen geklärt. Tiana Moser wird unterstützt von SP, Grünen, GLP, EVP und der Jungen Mitte. Gregor Rutz erhält die Unterstützung von SVP und FDP sowie von den Wirtschaftsverbänden. Die FDP-

Womit auch ziemlich klar ist, wo sich die neue Zürcher Mitte-Delegation im Nationalrat positioniert. Auf jeden Fall nicht in der politischen Mitte.

Frauen haben Stimmfreigabe beschlossen. Das wird aber nicht von allen freisinnigen Frauen goutiert. FDP-Kantonsrätin Linda Camenisch will nun ein bürgerliches Frauenkomitee für Gregor Rutz gründen. Diesem hat sich auch Mitte-Kantonsrätin und Neo-Nationalrätin Yvonne Bürgin angeschlossen. Womit auch ziemlich klar ist, wo sich die neue Zürcher Mitte-Delegation im Nationalrat positioniert. Auf jeden Fall nicht in der politischen Mitte. Eine Kommunikationsspanne produzierte noch der Wirtschaftsverband Swissmem, der auf der Plattform LinkedIn zuerst Tiana Moser zur Wahl empfahl, aber später wieder zurückruderte. Warum nicht mindestens ein Teil der Wirtschaft Moser unterstützt, zumal die Beziehungen zur Europäischen Union für den Wirtschaftsstandort Zürich einigermaßen elementar ist, verstehe ich auch nicht. Aber eben: Vielleicht ist dort die Zielgruppe des Kettensägen-Videos zu finden. Hauptsache den Staat zersägen. Mehr will man offenbar nicht.



Min Li Marti

Qualitätsjournalismus statt Profitgier!

«TX Group», früher Tamedia, nennt sich der grösste Medienkonzern der Schweiz, der mit Ringier, NZZ und CH Media um Marktanteile streitet. Dem Unternehmen gehören rund ein Dutzend Titel in der Deutschschweiz, darunter der «Tages-Anzeiger», «Der Landbote», «Der Bund» und die Gratiszeitung «20 Minuten». Auch in der Romandie ist das Unternehmen mit «20 Minutes», «24 heures» und «Tribune de Genève» präsent. Seit zwanzig Jahren kauft Tamedia einen Verlag und einen Zeitungstitel nach dem anderen, Redaktionen werden fusioniert und periodisch abgebaut.

Der Konzern kommt nicht mehr aus den Schlagzeilen, seitdem ab 2003 eine branchenweit beispiellose Welle von Sparmassnahmen und Entlassungen stattfindet, die bis heute anhält: Im September wurde der Abbau der Stellen von 48 Arbeitnehmer:innen bei den abonnierten Zeitungen in der Deutschschweiz und in der Romandie angekündigt, dazu werden mehrere Dutzend ständige externe Mitarbeiter:innen geschasst. Ende Oktober geht es zudem neu um 35 Stellen in den Gratiszeitungen, davon sieben Kündigungen in der Deutschschweiz und drei erzwungene Pensenreduktionen. Die Westschweizer Pendanten «20 Minutes», «Le Matin.ch» und «SportCenter» verlieren gar 28 Arbeitnehmer:innen. Das ist ein Kahlschlag von mehr als einem Viertel des Personals der Gratistitel in der Romandie.

Der Unmut ist gross: Die Redaktionen von «24 heures», «Tribune de Genève», «Le Matin Dimanche» und das technische Redaktionspersonal haben sich in Lausanne am 25. September bei einer Protestpause über Mittag lautstark gegen den Abbau und die ganze Unternehmenspolitik aufgelehnt. Nach Ankündigung der weiteren Entlassungen folgten die Deutschschweizer Journalist:innen und das technische Redaktionspersonal mit einer Solidaritäts- und Protestaktion am 31. Oktober in Zürich. Zeitgleich fand eine weitere Protestaktion in Lausanne statt.

Bei strömendem Regen fanden sich somit rund 200 Mitarbeiter:innen von Tamedia und der Gratistitel am Tag selbst vor dem Bahnhof in Lausanne ein, um gemeinsam zum Edipresse-Turm zu laufen und ihren Unmut kundzutun. «Tamedia beerdigt die Welsche Presse» oder «Tamedia Serial Killer» war auf den zahlreichen Protestplakaten zu lesen. An der Aktion in Zürich nahmen rund 300 Medienschaffende teil, zahlreiche auch aus anderen Redaktionen angereist. Dort wurde ein Offener Brief der Redaktionen an die Unternehmensleitung verlesen und unterzeichnet, in dem ein Stopp der Abbaumassnahmen und Transparenz über die publizistische Strategie des Konzerns gefordert wird. Solidarität auch mit der Romandie, Wut, aber auch kollektive Entschlossenheit war unter

den zahlreichen Teilnehmenden spürbar. In diesen Turbulenzen ist das Know-how der Gewerkschaft gefragt: Syndicom unterstützt und berät die Personalkommissionen und die Belegschaft für das weitere Vorgehen. Die Abbau Spirale muss aufhören, es braucht dringend eine publizistische Perspektive.

Journalist:innen können ihrem Auftrag des kritischen Qualitätsjournalismus nicht mehr nachkommen, wenn Redaktionen ständig zerschlagen werden und unter höchstem kommerziellem Druck stehen. Sonst verkommen die Medien zu Unterhaltungsmaschinen und können nicht die Informations- und Kontrollfunktionen wahrnehmen, die die demokratische Gesellschaft zwingend benötigt. Es ist fraglich, ob die TX Group mit ihrer Strategie und ihrem Profitstreben diesen Anspruch überhaupt noch einlösen will. Eine öffentliche Finanzierung des Journalismus – nicht der Medienhäuser – tut not.



Stephanie Vonarburg
Vizepräsidentin syndicom,
Leiterin Sektor Medien

Der GBKZ erhält von P.S. jeweils am ersten Freitag des Monats die Gelegenheit, in einer Kolumne gewerkschaftspolitische Themen aufzugreifen. Rückmeldungen erwünscht an info@gbkz.ch

Cartoon by Roman Prelicz



Wahlen vorbei, Themen bleiben

Und schon wieder waren Wahlen kurz bevor ich meine Roten Gedanken abgeben muss. Dieses Mal nationale – und sie waren grossmehrheitlich traurig. Dass die Angstmacherei und Hetzerei nach wie vor von der Mehrheit der Menschen in unserem gut situierten Land getragen und ihr sogar noch mehr Glauben geschenkt wird, macht mich einmal mehr nachdenklich und auch etwas hilflos. Dass die Menschen an denen vorbeischaun, welche sich wirklich für ihre Sorgen einsetzen, indem wir uns für die Kaufkraft jedes:r Einzelnen engagieren, für die gleichen Rechte für alle kämpfen und uns für den Klimaschutz und die Versorgungssicherheit stark machen.

Dazu habe ich eine persönliche Geschichte: Vor den kantonalen Wahlen hat mich ein Bekannter ausserhalb der politischen Blase auf meine Funktion als Präsidentin der SP Stadt Zürich angesprochen und gemeint, er könne als selbstständiger Unternehmer nie die SP wählen. Im zweiten Atemzug hat er mir dann aber mitgeteilt, er sei für einen Mindestlohn, für eine Einheitskasse usw.

**Die Themen
bleiben:
Jede:r braucht
eine bezahlbare
Wohnung, gute
Tagesschulen,
erschwingliche
und qualitative
Kitas usw.**

Ich war perplex. Und ich konnte ihn nicht davon überzeugen, dass dies genau unserem Parteiprogramm entspricht. Davon gibt es noch weitere Beispiele von Freund:innen, welche sich sogar als politisch und

links bezeichnen, plötzlich auf mich zukommen und mir vorwerfen, die SP kümmere sich nur noch um diese Woke-Themen. Es ist schon auch faszinierend, wie es die Rechten immer schaffen, sogar einigermaßen differenzierte Menschen so zu manipulieren, dass sie das wirklich glauben. Dabei sind es die Rechten, welche diese Themen aktiv bewirtschaften, statt an Lösungen zu arbeiten und dabei viele Errungenschaften zu verbieten versuchen, in dem sie Angst und Frust schüren.

Somit schliesst sich der Kreis und als bekennende Optimistin kann ich gar nicht nur traurig oder wütend sein, fokussiere ich mich doch immer auf das Positive. Denn im Kanton Zürich konnten wir überzeugen und dass vor allem auch wegen uns linken Städten, von welchen es in diesem Land auch noch weitere gibt. Und es zeigt sich nun auch langsam ein Bild, welches das Leid der Verdrängung umgekehrt auch mit sich bringt. Menschen, welche unsere Stadt verlassen müssen, aber die Errungenschaft dieser weiterhin guthessen, drängen immer weiter in die Agglomeration. Und die Themen bleiben: Jede:r braucht eine bezahlbare Wohnung, gute Tagesschulen, erschwingliche und qualitative Kitas, einen sicheren Verkehr für Velofahrende und Fussgänger:innen, einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr, finanzierbare Krankenkassen, sichere Renten, ein kulturelles Angebot usw.

Ich bin stolz, dass wir uns Städte die Möglichkeit haben, hier als Vorbild funktionieren zu können. Und wenn es uns gelingt, konsequent an unseren Kernthemen weiterzuarbeiten, Lösungen aufzuzeigen, durch Initiativen und Referenden die Menschen in unserem Land in die politische Gestaltung miteinzubeziehen und zu aktivieren, können wir den Effekt weiterziehen. Ich bin überzeugt.



Liv Mahrer,
Co-Präsidentin SP Stadt Zürich

Angriff auf die Versammlungsfreiheit

Ohne Demonstrationen und Kundgebungen gäbe es wohl viel des progressiven Wandels in den letzten Jahrzehnten entweder gar nicht oder einiges später.

Das Frauenstimmrecht, die 40-Stunden-Woche, die Ehe für alle, um nur einige zu nennen, sind Errungenschaften, die mittlerweile bis tief in die Mitte der Gesellschaft eingebettet sind. Sie haben ihre Wurzeln in Demonstrationen und Kundgebungen. Der Druck der Strasse hat damals wie heute einen grossen Einfluss auf Gesetzgeber und Medien. Als jüngstes Beispiel kann die «Grüne Welle» von 2019 genannt werden, die wohl ohne Klimastreik und Fridays for Future nicht stattgefunden hätte.

Die Anti-Chaoten-Initiative der Jungen SVP will, dass Veranstalter:innen und Teilnehmer:innen von unbewilligten Demos die Kosten von Polizeieinsätzen und Sachbeschädigungen übernehmen müssen. Eine weitere Verschärfung des Kantonsrats möchte ebenfalls eine allgemeine Bewilligungspflicht für Demos und Kundgebungen.

**Das ist ein direkter
Angriff auf
einen der
zentralen Pfeiler
einer freien
Gesellschaft.**

Das ist ein direkter Angriff auf einen der zentralen Pfeiler einer freien Gesellschaft. Und ebenfalls ist es eine weitere Übersteuerung der linken Stadt Zürich durch den bürgerlich geprägten Kanton. In der Stadt Zürich ist nämlich seit einiger Zeit ein Vorstoss von Luca Maggi (Grüne) und Christina Schiller (AL) hängig, der die Bewilligungspflicht in

eine Meldepflicht umwandeln soll. Dass jetzt über diese kantonale Initiative, beziehungsweise deren Gegenvorschlag eine Bewilligungspflicht für den ganzen Kanton eingeführt werden soll, ist sonnenklar als eine weitere Bevormundung der Stadt durch den Kanton zu werten. Wie üblich ist die sonst so hoch gehaltene Gemeindeautonomie doch nicht so wichtig, wenn es darum geht, eine unliebsame Entscheidung der linken Städte zu revidieren.

Leider zeichnet sich in der Schweiz und auf der ganzen Welt ein besorgniserregender Trend ab. Es kommt wie mit dieser «Anti-Chaoten-Initiative», besser genannt «Anti-Demokratie-Initiative», zu mehr Einschränkungen, aber auch zu mehr Gewalt und Repression gegenüber Menschen, die das Recht auf freie Versammlung- und Meinungsäusserung ausüben. In Basel werden friedliche Demonstrant:innen eingekesselt und mit Gummischrot beschossen, in Zürich verliert ein Kundgebungsteilnehmer der Nachdemo des 1. Mai ein Auge, und so weiter.

Viele Vorfälle von Polizeigewalt werden damit begründet, dass es sich um eine unbewilligte also «illegale» Demo handelt. Es gibt jedoch keine illegalen Demonstrationen. Das Recht auf Protest wird zum einen durch internationales Recht geschützt, aber auch die Bundesverfassung (Artikel 16 und 22) schützt dieses Recht.

Am 12. März 2024 kommt sowohl die Initiative der Jungen SVP als auch der Gegenvorschlag zur «Anti-Demokratie-Initiative» des Kantonsrats zur Abstimmung. Es gilt deshalb 2 x Nein zu sagen.

Denn ohne Proteste keine Menschenrechte.



Eticus Rozas,
Co-Vizepräsident Grüne Stadt Zürich

Wien als Vorbild: Das kann Zürich von Österreichs Hauptstadt lernen

Wien gilt seit Jahren als eine der lebenswertesten Städte Europas. Nicht zuletzt, weil es in der Hauptstadt Österreichs so viel gemeinnützige Bauten gibt wie sonst nirgendwo. Warum alle von mehr geförderten Wohnungen profitieren und was Zürich von Wien lernen kann, erklärt der Soziologe Gerald Kössl im Gespräch mit Noëmi Laux.

Noëmi Laux: «The Economist» listet jedes Jahr ein Ranking mit den lebenswertesten Städten Europas auf. Seit Jahren steht Wien auf dem Platz 1. Warum lebt es sich in Wien besser als in anderen Städten?

Gerald Kössl: Wien ist eine Stadt, die dem Wohnen einen hohen Stellenwert einräumt. Das zeigt sich in verschiedenen Aspekten, die zu einer hohen Lebensqualität beitragen. Einer davon ist die Wohnraumversorgung, die in Wien sehr gut funktioniert. Wien ist eine der wenigen Städte in Europa, die ihre sozialen Wohnungsbestände nicht privatisiert hat. Das bedeutet, dass rund 40 Prozent aller Wiener:innen in einem Wohnbau leben, der von der Stadt oder von gemeinnützigen Organisationen verwaltet wird. Diese Wohnungen sind vor Spekulation geschützt und bieten den Bewohner:innen günstige Mieten und eine gute Ausstattung. Damit hat sich die Stadt einen grossen Wohnungsbestand gesichert, der auch in Zukunft leistbar bleibt.

Abgesehen davon, was mögen Sie an Wien?

Die Grundinfrastruktur der Versorgung. Wien ist zum Beispiel eine der wenigen Grossstädte, die mit Quellwasser aus den Alpen versorgt wird. Das Wasser hat eine hohe Qualität und ist in Zeiten des Klimawandels ein kostbares Gut.

Zürich schaffte es im Ranking dieses Jahr nur auf Platz 6. Was macht den Unterschied?

Wie es sich in Zürich lebt, kann ich nur bedingt beurteilen, aber ich denke schon, dass der Lebensstandard auch sehr hoch ist. Im Bereich des günstigen Wohnens kommt Zürich sicher nicht an den Standard heran, den wir in Wien haben.

Da haben Sie recht. Während in Wien über 40 Prozent der Bevölkerung in gemeinnützigen oder kommunalen Wohnungen wohnen, ist in Zürich nicht einmal ein Viertel aller Wohnungen gemeinnützig. Schweizweit waren es Ende 2021 knapp vier

Prozent. Wie wird die Wohndebatte in Wien geführt?

Auch in Wien steigen die Mieten. Insbesondere die Mietkosten für private Wohnungen sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Sie sind mittlerweile um fast einen Viertel teurer als geförderte Wohnungen. Und die Schere geht immer weiter auseinander. Das hängt auch damit zusammen, dass ein Grossteil der privaten Mietverträge befristet ist. Mit jedem Wechsel steigen die Mieten.

Wie reagiert Bevölkerung gegen die steigenden Mieten?

Viele Menschen leiden unter der Teuerungskrise, insbesondere jene mit niedrigerem Einkommen. Ich glaube, dass sich das in Form von Einschränkungen im alltäglichen Leben zeigt. Um ihre Miete bezahlen zu können, reduzieren sie lieber ihre Ausgaben für Ernährung und Heizung. Das kann natürlich langfristig zu gesundheitlichen Problemen führen. Obwohl staatliche Unterstützungsmassnahmen einige Auswirkungen gemildert haben, zeigen aktuelle Umfragen, dass immer mehr Haushalte Schwierigkeiten haben, ihre Wohnkosten zu stemmen.

Befristete Mietverträge?

Viele private Vermieter:innen befristen ihre Mietverträge und können so alle drei Jahre die Mieten anheben. Dass private Wohnungen mittlerweile so viel teurer sind als gemeinnützige, ist allerdings eine sehr junge Entwicklung.

Dass Wien einen so hohen Anteil an Genossenschaftswohnungen hat, geht auf die 1920er-Jahre zurück, als die Stadt mit einer grossen Wohnungsnot zu kämpfen hatte. Was hat sich seitdem verändert?

Als die Stadt in der Nachkriegszeit den Wohnbau förderte, um das Angebot und die Wohnqualität zu heben, waren die Mieten in genossenschaftlichen Neubauten oft höher als in vielen privaten Altbauten, wenngleich letztere eine deutlich schlechtere Wohnqualität boten. Nach und



Mehr gemeinnütziger Wohnungsbau gleich mehr Lebensqualität? Zürich hinkt Wien nicht nur in Sachen Lebensqualität, sondern auch günstigem Wohnen hinterher. (Bild: Wohnbaugenossenschaften Schweiz)

nach verschwanden diese günstigen Altbauten jedoch, da viele saniert und aufgewertet wurden. Für Wohnungen, die nach 1945 gebaut wurden, gilt die freie Mietzinsgestaltung. Die Vermieter:innen können also die Mieten so hoch ansetzen, wie sie wollen. Das wirkt sich auf den gesamten Wohnungsmarkt aus und führt zu einer immer grösseren Diskrepanz zwischen privaten und genossenschaftlichen Wohnungen. Aber auch im Altbau – also in vor 1945 errichteten Bauten, wo der Höchstmietzins eigentlich gesetzlich festgelegt ist, wird oft zu viel Miete bezahlt.

Unrechtmässige Mieten, das kennen wir auch aus Zürich. Wie geht die Stadt dagegen vor?

Es gibt schon einige Organisationen, die einen bei der Überprüfung von Mieten unterstützen. Jedoch ist das Mietsystem im privaten Mietsektor in Wien sehr intransparent und unterscheidet sich teilweise von Bundesland zu Bundesland. Wie hoch die Miete für eine Wohnung auf dem freien Markt sein darf, hängt von verschiedenen Faktoren wie Lage oder Bauqualität ab. Im Falle eines Missbrauchs liegt es jedoch in der Verantwortung der Mieter:innen, sich zur Wehr zu setzen. Viele tun dies nicht, weil sie sich entweder nicht bewusst sind, dass sie zuviel Miete zahlen, oder weil die Anfechtung der Miete mit einem relativ hohen Aufwand verbunden ist.

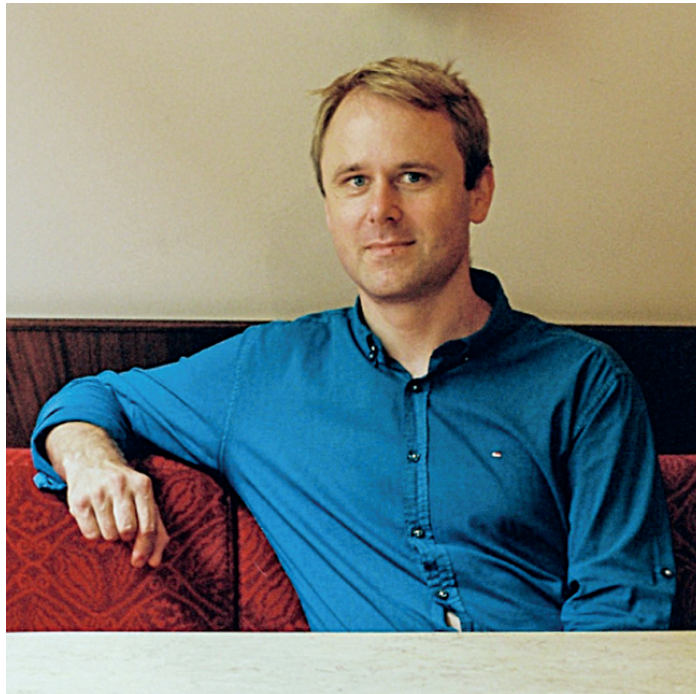
Gibt es gesellschaftliche Bewegungen, die Mietzinse anzufechten? Als im Sommer der Referenzzinssatz anstieg und deshalb viele Mieter:innen eine Mietzinserhöhung bekamen, löste das in Zürich eine regelrechte Anfechtungswelle aus.

Die Beratungsnachfrage bei Organisationen wie der Mieterhilfe oder der Arbeiterkammer steigt. Vor allem die aktuellen Mietzinserhöhungen setzen geltendes Recht im privaten Bereich um. Mieten können entsprechend der Inflation erhöht werden. Eine Anfechtung wäre schwierig und wahrscheinlich nicht durchsetzbar. Es gibt jedoch politische und gesellschaftliche Forderungen, die Mietsteigerungen zu begrenzen. Es gibt eine Idee für ein neues Gesetz, aber es ist unklar, ob es umgesetzt werden kann, da es eine Verfassungsmehrheit erfordert.

Auch in Zürich zahlen viele zu hohe Mieten, und die Hürden für eine Anfechtung sind hoch. Welche Voraussetzungen muss man erfüllen, um einer Genossenschaft in Wien beizutreten?

Grundsätzlich darf nur ein bestimmtes Einkommen nicht überschritten werden und es gibt Vormerkssysteme. Es gibt aber sowohl im kommunalen als auch im genossenschaftlichen Wohnbau auch spezielle Programme für sozial benachteiligte Gruppen. Bei privaten Wohnungen entfällt diese Prozedur, man kommt in der Regel schneller an eine Wohnung.

Lebt man in Wien und hat ein Einkommen von umgerechnet 50 000 Franken, darf man nach wie vor in einer Genossenschaft leben. Etwa drei



Gerald Kössl: «Es ist aber tatsächlich ein Problem, dass immer mehr Eigentümer:innen ihre Wohnungen leer stehen lassen, weil sich das wirtschaftlich mehr lohnt.» (Bild: zVg)

Viertel der Bevölkerung hätten aufgrund dieser hoch gesetzten Grenze Anspruch auf eine Genossenschaftswohnung. Besteht dadurch nicht die Gefahr, dass preisgünstige Wohnungen jenen Menschen vorenthalten werden, die finanziell darauf angewiesen wären?

Gemeinnützig ist nicht gleich sozial, das muss man klar unterscheiden. Ziel ist es, günstigen Wohnraum für alle Einkommensschichten zu schaffen, damit auch eine soziale Durchmischung stattfindet. Die Leute ziehen in Genossenschaftswohnungen, weil sie wollen, nicht weil sie müssen.

Gemeinnütziger Wohnbau wird oft als Lösung gegen die Wohnungsnot gesehen. Warum baut Wien aber seit 2004 nicht mehr selbst kommunalen Wohnbau?

Dass im kommunalen Bereich lange nicht gebaut wurde, war eine bewusste Entscheidung. In den letzten Jahren lag der Schwerpunkt auf der Vergabe von Fördermitteln für gemeinnützige Genossenschaften und nicht auf dem Bauen von Gemeindewohnungen. Das ändert sich jetzt wieder, einige Projekte sind in Planung.

Im Vergleich zu Zürich, wo die Leerwohnungsziffer bei gerade mal 0,06 Prozent liegt, stehen in Wien schätzungsweise an die 100 000 Wohnungen leer. Welche Folgen hat das?

In Wien wird der Leerstand nicht genau erhoben. Wie viele Wohnungen tatsächlich leer stehen, kann daher nur geschätzt werden. Es ist aber tatsächlich ein Problem, dass immer mehr Eigentümer:innen ihre Wohnungen leer stehen lassen, weil sich das wirtschaftlich mehr lohnt. Die Immobilie als Geldanlage hat aufgrund der Wertsteigerungen geboomt. In letzter Zeit wird deshalb oft über die Einführung einer Leerstandsabgabe

diskutiert. Um eine tatsächliche Wirkung zu erzielen, bräuchte es allerdings eine Änderung im Bundesgesetz. Ich sehe das Hauptproblem aber woanders.

Wo?

In den steigenden Bodenpreisen. Wie in vielen anderen Städten sind die Grundstückspreise in den letzten Jahren aufgrund der enormen Nachfrage stark gestiegen. Viele gemeinnützige Genossenschaften können sich das nicht mehr leisten, so kaufen zunehmend wirtschaftlich orientierte Unternehmen Immobilien und vermieten diese teuer weiter. Auch die Baukosten sind in den letzten zwei Jahren um rund ein Drittel gestiegen.

Dass es in Wien so viele Genossenschaftswohnungen gibt, geht auf eine Zeit grosser Wohnungsnot zurück. Anfang der 1920er-Jahre wuchs die Wiener Bevölkerung rasant, es fehlte an Wohnraum, viele Arbeiter:innen lebten im Elend. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, förderte die damalige Regierung den Bau von günstigen Wohnungen. Auch heute sprechen viele Städte von einer Wohnungsnot. Wäre das nicht der richtige Zeitpunkt für eine neue Wohnungspolitik, mehr in Richtung genossenschaftliches Bauen?

Anfang der 1920er-Jahre, als Wien seine bis dahin grösste Wohnungsnot erlebte, fand man die Lösung darin, möglichst viel günstigen Wohnraum zu schaffen. Ein Konzept, das sich gerade in Krisenzeiten bewährt hat. Den Menschen geht es besser, wenn sie wissen, dass sie langfristig günstig wohnen können. Aber auch aus ökonomischer Sicht ist ein möglichst grosses Angebot an bezahlbarem Wohnraum sinnvoll. Die Kaufkraft ist umso höher, je kleiner der Kostenblock Miete ist. Also: Ja, jede Stadt würde von mehr Genossenschaftswohnungen profitieren, heute mehr denn je.

ZUR PERSON

Gerald Kössl ist Soziologe und Referent beim österreichischen Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen, wo er sich unter anderem mit der Leistbarkeit von Wohnraum und deren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen beschäftigt. Er studierte Soziologie in Wien und Kopenhagen und promovierte am Goldsmiths College der University of London. Bis 2018 arbeitete er beim englischen Dachverband für Wohnbauten (National Housing Federation). Kössl lebt in Wien.

«Wir bezahlen, bezahlen, bezahlen. Damit muss Schluss sein!»

Am Samstag findet in Zürich die seit Langem angekündigte grosse Wohndemo statt. Wie lauten die Forderungen?

Nicole Soland

«Wir haben genug!», heisst es auf dem Plakat, darunter «Grossdemo gegen die Wohnungskrise». Zu dieser Demonstration riefen zahlreiche Gruppen auf, ist auf www.wohndemo.ch zu lesen: «Wir alle sind betroffen von der Wohnkrise und tragen unsere unterschiedlichen Anliegen zusammen auf die Strasse!» In zehn Sprachen wird sodann ausgeführt, was mit «genug» gemeint ist: erstens «genug von jährlich steigenden Wohnkosten, überteuerten Gewerberäumen und dem Verlust von Freiräumen». Zweitens «genug von immer längeren Menschenschlangen bei Besichtigungen und davon, dass mehr und mehr Menschen ihr Zuhause und ihr soziales Umfeld verlieren». Und drittens «genug von denen, die das Problem der Migration in die Schuhe schieben oder die Lösung den Immobilienfirmen überlassen wollen. Wir wollen nicht, dass mit unserer Miete enormer Profit gemacht und die Stadt nur nach den Interessen der Reichen gebaut wird.»

Auf diese klare Ansage folgen drei ebenso klare Forderungen: Erstens «Wohnraum für alle!», zweitens «kein Profit mit Boden und Miete!» und drittens «selbstbestimmte Stadtentwicklung!» Weder Einkommen noch Vermögen sollten bestimmen, wo wir wohnen, heisst es dazu etwa. Oder ausführlich zum Themenkreis Boden und Miete: «Wohnraum ist keine Ware! Er ist – genauso wie Strom, Wasser und Luft – unsere Existenzgrundlage. Je akuter die Finanzkrise, desto mehr Geld fliesst in den Immobilienmarkt. Dabei werden mit dem Verkauf von Boden und der «Entwicklung» von Immobilien riesige Gewinne gemacht. Diese Investitionen sollen Profite abwerfen, und wir bezahlen, bezahlen, bezah-

len. Damit muss Schluss sein, wenn wir lebenswerte Städte wollen!»

Weg mit «Quartierüblichkeit»...

Eine weitere Demowebseite findet sich unter www.mietenplenum.ch. Dort wird eine andere Ebene des Engagements für mehr bezahlbaren Wohnraum mit-thematisiert: «Wir unterstützen die diversen parlamentarischen Initiativen und Forderungen, die momentan laufen: www.wohnraum-schuetzen.ch (MV Zürich, SP, Grüne, AL), www.wohnungsinitiative.ch (Grüne Kanton Zürich) und www.wohnbau-initiative.ch (SP, Wohnbaugenossenschaften Schweiz/Regionalverband Zürich, diverse). Das reicht jedoch nicht!» Deshalb folgt auch hier ein Katalog mit «Sofort-Forderungen an die Politik». Die erste lautet, dass nach Sanierungen, Umbauten oder Abriss-Neubau alle Mieter:innen ein Recht zu bleiben erhalten sollen, «und zwar zu bezahlbaren Mieten». Weil die Mieter:innen immer am kürzeren Hebel süssen, wenn sie ihre Rechte selbst durchsetzen müssten, brauche es ein «Recht auf Mietrecht: Wir wollen mehrsprachige Information und kostenlose Anwäl:innen für alle».

Sehr sinnvoll klingt auch die dritte Forderung: Mit der «Quartier-

**«Wohnraum ist keine Ware!
Er ist – genauso wie Strom,
Wasser und Luft – unsere Existenz-
grundlage.»**

www.wohndemo.ch

üblichkeit» soll Schluss sein. «Mieten dürfen nicht mehr erhöht werden mit dem blossen Hinweis darauf, dass die Wohnungen nebenan «halt auch so viel kosten.» Auch Mietsteigerungen durch energetische Sanierungen sollten «unzulässig» sein. «Die Steuern, die aus Grundstück-



Längst wird nicht mehr «nur» das Quartier vergoldet, sondern nach und nach die ganze Stadt: Höchste Zeit für eine Grossdemo! (Bild: Nicole Soland)

gewinnen und der Mehrwertabgabe eingenommen werden, müssen weitgehend für die Schaffung von gemeinnützigem Wohnraum eingesetzt werden», lautet eine weitere Forderung. Zudem solle es «nicht vom Einkommen abhängen, ob man sich das Wohnen in einer Stadt leisten kann». Und grundsätzlich: «Die beste Altersvorsorge sind geringe Fixkosten. Besonders paradox ist, wenn Pensionskassen als Bauträger die Mieten drastisch erhöhen. Pensionskassen-Vermögen sollen vom Wohnungsmarkt getrennt werden.» Schliesslich soll «als Notlösung gegen die Preisspirale» eine Obergrenze für Bodenpreise und/oder Mietpreise festgesetzt werden.

...her mit 100 Prozent gemeinnützig

Dass diese Forderungen keineswegs im luftleeren Raum stehen, wird unter anderem mit dem Hinweis darauf untermauert, dass wir mit unseren Mieten jährlich «Milliardengewinne für Besizende und

deren Anleger:innen ohne jegliche Gegenleistung» bezahlen: «Dieses Geld fliesst direkt auf deren Bankkonten und hat mit den Unterhaltskosten für unsere Häuser nichts zu tun.» Vielmehr würden «unsere Zuhause stattdessen luxussaniert oder abgerissen und durch teure Neubauten ersetzt», um die Gewinne weiter zu maximieren. Und so können wir uns schliesslich das Wohnen in den Städten nicht mehr leisten: «Damit muss Schluss sein! Wohnen ist keine Ware, sondern Existenzgrundlage. Darum wollen wir 100 Prozent gemeinnütziges und klimagerechtes Wohnen. Das heisst: Wohnen ohne Profite, umweltverträgliche Erneuerungen und Mitbestimmung für alle!»

SACHE, ZEIT UND ORT

Grossdemo gegen die Wohnungskrise am Samstag, 4. November um 15 Uhr auf dem Turbinenplatz, Zürich.

Salamitaktik und Sonderdividenden

In Reaktion auf den letzte Woche verkündeten Stellenabbau in den Redaktionen der «TX Group» (P.S. berichtete) hat die Belegschaft am Dienstagmittag vor dem Hauptgebäude des Mutterkonzerns lautstark protestiert.

Sergio Scagliola

Ein beachtlicher Menschaufmarsch hatte sich am Dienstag, kurz vor Mittag, am Stauffacher formiert – darunter viele Angestellte verschiedener TX-Publikationen, vor allem wohl von den am direktesten Betroffenen bei «20 Minuten», aber auch Vertreter:innen der Gewerkschaft Syndicom sowie des Berufsverbands der Medienschaffenden Impressum. Sie protestierten gegen den Stellenabbau beim Medienkonzern, der vor allem die Gratispublikation «20 Minuten», noch härter ihr französischsprachiges Pendant «20 Minutes» trifft. 80 Stellen sollen gestrichen werden. In einem Offenen Brief fordert die Personalkommission der Zürcher Redaktionen von TX-Verwaltungsratspräsident Pietro Supino und den anderen Verantwortlichen einen «Verzicht auf weitere Einsparungen bis 2025».

Management by Salamitaktik

Nach der Ansprache der Organisator:innen des Protests gab man das Mikrofon für TX-Angestellte frei, die etwas zu sagen hatten. Als erstes liess der Tamedia-Bundeshausredaktor Markus Häfliger seinem Ärger und vor allem aber seinen Sorgen freien Lauf: Er erlebe während seiner Zeit bei Tamedia nun die vierte Abbaurunde mit. Dabei seien das nur die offiziellen Runden – dazwischen hingegen geschehe ein kalter Stellenabbau. Vakanzen würden nicht ersetzt, Pensionierungen ebenso. Jeden Monat gebe es eine neue Geschichte. Das sei «Management by Salamitaktik». Nur: «Die Salami wird nicht offen geschnitten, sondern im Kämmerli, wo's niemand sieht.» Das Novum hingegen sei, dass jetzt zum ersten Mal zugegeben werde, dass es die nächsten Jahre so weitergeht. Das führe zu monatelanger Unsicherheit bei der Belegschaft. Wenn jemandem mit 60 Jahren und Familie einfach gekündigt werde – wie es gerade in der Woche zuvor wieder passiert sei – schade das dem Arbeitsklima in jedem Unternehmen. In den Redaktionen habe sich eine negative Grundstimmung breitgemacht – was tödlich sei.

Syndicom-Vizepräsidentin Stephanie Vorarburg gab sich derweil kämpferisch. Es sei ein starker Protest. Und sie freute sich, drücke die Belegschaft ihre Wut, ihre Enttäuschung und ihren Ärger so stark aus: «Ich bin mir dessen bewusst, dass es



Die Angestellten in den Redaktionen der TX Group haben genug vom ständigen Stellenabbau und bekunden Solidarität mit ihren Noch-Kolleg:innen in Zürich und der Westschweiz. (Bild: Sergio Scagliola)

einen gewissen Mut braucht, hier rauszukommen und zusammenzustehen.» Umso mehr freue es sie, dass so viele diesen Mut aufgebracht hätten.

Den Aktionären der hochprofitablen «TX Group» soll derweil wieder einmal eine Sonderdividende ausgeschüttet werden: 45 Millionen Franken. Genauso wie letztes Jahr. Und genauso wie wohl auch nächstes Jahr. Die klarsten Worte dazu hatte wieder der Tamedia-Bundeshausredaktor: «Ein Unternehmen, das so viel Geld rausnimmt und gleichzeitig so stark beim Personal kürzt, hat irgendwie die Balance verloren.»

Ganz am Rande: Dass man im «Tagesanzeiger» vom Montag derweil die Profitgier in den Chefposten der Pharmabranche kritisch beäugt, wirkt plötzlich etwas gar zynisch. Und dass im «20 Minuten»-Artikel vom Dienstag über die Protestkundgebung kein Wort von den Dividenden geschrieben wird, mindestens ironisch.

Automation und Dividenden

Die Kürzung der Stellen soll laut «20 Minuten»-Mitteilung von letzter Woche, als der Abbau öffentlich verkündet wurde, das inhaltliche Angebot nicht verringern. Wer fängt das also auf? Die 20 Minuten-Gruppe will zum Beispiel auf «neue technologische Möglichkeiten» setzen. Interessant dabei ist ein Blick in den Blog des «Head of Newsroom Automation» bei «Tamedia», Timo Grossenbacher. Darin – das hat zwar nicht direkt mit dem Abbau zu tun – legt er dar, was bei Tamedia redaktionell bereits automatisiert werden konnte. Darunter zum Beispiel 20000 Inhalte. Zwar sind das nicht die grossen Recherchen, sondern personalisierte Informationen zum Beispiel zu Wahlergebnissen in Gemeinden – dennoch ist es bemerkenswert, wie die «TX Group» auf neue technologische

Möglichkeiten reagiert: Nicht mit Entlastung, die dadurch der Belegschaft zugute kommen könnte, die sowieso schon unter Dauerstress stehe, nicht mit mehr Zeit für qualitativ hochwertige Inhalte, sondern mit Überlegungen, wie man das redaktionelle Angebot dank neuer Technologie beibehält – und ebenso wohl auch die Sonderdividende. Oder kurz also, wie man sparen kann. Das trotz der tief-schwarzen Zahlen des Mutterschiffs.

«Ein Unternehmen, das so viel Geld rausnimmt und gleichzeitig so stark beim Personal kürzt, hat irgendwie die Balance verloren.»

Markus Häfliger,
Tamedia-Bundeshausredaktor

Dass das nicht nur schade, sondern auch eine existenzielle Bedrohung für Qualitätsjournalismus ist, erkennt man auch bei der «20 Minuten»-Belegschaft. Und man appelliert an die Schweizer Bevölkerung: «Euer Journalismus stirbt. Er stirbt scheibenweise, nur hat das die Bevölkerung noch nicht bemerkt.» Und gleichzeitig überleben lediglich diejenigen mit finanzstarkem Geldgeber oder vielleicht jene mit besonders treuen Leser:innen. Man wisse, dass Sparmassnahmen nötig sind – aber nicht wieviel. Der Plan sei intransparent, und ebenso, ob es einen Plan übers Sparen hinaus gebe. Das Fazit: Die Angestellten zahlen, für das Management ändert sich nichts.

Irreguläre Migration: Was tun? Ein Debattenbeitrag

Der Migrationsdruck auf Europa wird in den kommenden Jahrzehnten erheblich zunehmen und sich zunehmend auch auf die Schweiz auswirken. Politisch können davon die europäischen rechtsnationalen Parteien weiterhin enorm profitieren. Noch immer überlässt die SP Schweiz die Bewirtschaftung der Migrationsprobleme weitgehend der SVP und verfolgt bisher keine eigene kohärente und mehrheitsfähige Migrationspolitik. Die SP sollte dieses Thema mehr ins Zentrum ihrer Politik rücken, dies ist auch eine notwendige Schlussfolgerung aus den Wahlen.

Wir* haben im P.S. vom 8. August den Debattenbeitrag zur sozialdemokratischen Migrationspolitik veröffentlicht, nachfolgend erschien eine Gegendarstellung von Selina Leu. Wir begrüßen eine offene Debatte innerhalb der SP, welche herausfordert, die besten Argumente auf den Tisch zu legen und sich mit kontroversen Standpunkten zu beschäftigen.

Was ist das Dilemma in der Migrationspolitik?

Für 2023 rechnet die Europäische Asylagentur mit über eine Million irregulären Migrant:innen in der EU+, knapp 30 Prozent mehr als 2022. Nur eine kleine Minderheit der Migranten sind Flüchtlinge gemäss Genfer Flüchtlingskonvention. Der Migrationsdruck aus Afrika wird künftig wahrscheinlich am meisten zunehmen angesichts der Tatsache, dass Experten mit einer Verdoppelung der Bevölkerung Afrikas bis 2050 rechnen. Zurzeit ist die Migration aus dem Mittleren Osten und aus Asien zahlenmässig natürlich auch sehr relevant.

Die zwingend erforderliche rasche berufliche und soziale Integration der ankommenden Migrant:innen und damit auch Vermeidung von Parallelgesellschaften und Zunahme von Kriminalität kann auf Dauer nur funktionieren, wenn die Zuwanderung kontrolliert und begrenzt wird. Die Rückführungsquote von Migranten mit abgelehntem Bleiberecht ist europaweit minimal. Die wichtigste Möglichkeit, potenzielle irreguläre Migranten von der Reise abzuhalten und damit auch das kriminelle Schleppergeschäft zu untergraben sowie die Anzahl Toter auf dem Meer massiv zu reduzieren, ist ein strikter Schutz der Aussengrenzen Europas. Dies stösst jedoch weiterhin auf erbitterten Widerstand der SP.

Ohne erfolgreiche Wende in der Migrationspolitik wird es zu Zerreibungen in unseren Solidargemeinschaften und zu einem Durchmarsch rechtsnationaler Kräfte kommen. Gefragt ist eine pragmatische, kompromissbereite und parteiübergreifende Migrationspolitik. Es gilt, auch ungewohnte Lösungsansätze zu prüfen. Unsere SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider befürwortet denn auch zu Recht ein koordiniertes Vorgehen mit der EU und den EU-Migrationspakt mit neuen, schnellen Asylverfahren an den EU-Aussengrenzen: Migrant:innen mit wenig Aussicht auf Asyl sollen abgekürzte Verfahren in geschlossenen Zentren erhalten und bei negativem Entscheid umgehend zurückgeschafft werden. Optimal wären Asyl-Erstabklärungen in der Nähe der Fluchtländer und bei vorläufig positivem Ergebnis eine ungefährliche Reise nach Europa, das käme den Flüchtenden wie beispielsweise Frauen aus Afghanistan sehr entgegen.

Natürlich müssen dabei menschen- und völkerrechtliche Grundsätze eingehalten werden. Insbesondere müssen für Migrant:innen, die nicht zurückgeschafft werden können, geeignete Lösungen und Abkommen mit sicheren Partnerländern erarbeitet werden. In der Schweiz sollen alle schon hier lebende Migrant:innen, die kein Bleiberecht haben und bei denen aber eine Rückführung gegenwärtig nicht möglich ist, rasch beruflich und sozial integriert werden.

Für eine nachhaltige Migrationspolitik muss der Fokus auf der wirtschaftlichen Stärkung der Herkunftsregionen liegen, um die Migration nach Europa einzudämmen.

Warum versuchen immer mehr Migranten, nach Europa zu gelangen?

Der Hauptgrund für die irreguläre Migration aus Afrika nach Europa ist das Nord-Süd-Wohlstandsgefälle, Migrationsexperten weisen darauf hin, dass die meisten der Migranten sich von einer Aufnahme in Europa mehr Wohlstand und ein besseres Leben erhoffen. Eine Studie von Afrobarometer (2020) mit Befragung von über 45 000 Afrikaner:innen in 34 Ländern über die Gründe für eine Migration kommt u.a. zu folgendem Ergebnis: «Die Hauptgründe, warum Afrikaner in Betracht ziehen, ihr Land zu verlassen, sind: einen Job zu finden (44 Prozent), aus der Armut zu entkommen (29 Prozent), sowie ihre Ausbildung weiterzuverfolgen (6 Prozent). In einem Wort, sie suchen eine Chance, die sie in ihrem Land nicht finden.» Nicht unerwähnt bleiben muss auch die Zuwanderung von radikalen Islamisten und damit potenziellen Gefährdern als «Asylsuchende».

In der Schweiz gibt es aus verschiedenen Gründen weniger irreguläre Migranten als in den Nachbarländern. Aber wir können nicht davon ausgehen, dass das so bleiben wird. Bei zunehmendem Migrationsdruck und wachsender Überforderung der europäischen Nachbarländer wird sehr wahrscheinlich auch in der Schweiz die Zahl der Migrantinnen und Migranten stark ansteigen, darauf müssen wir uns einstellen.

Ist der Kolonialismus schuld an der heutigen Migration aus Afrika?

Haben wir im Norden hinsichtlich Flucht aus dem Süden sozusagen eine Erbschuld und eine

entsprechend fast unbeschränkte Verantwortung gegenüber den Migranten? Die Kolonialherrschaft war schrecklich für Afrika, und die afrikanischen Staaten starteten mit schlechten Voraussetzungen in ihre Unabhängigkeit. Aber ist dies noch heute der Hauptgrund für die Probleme in Afrika?

Viele der gravierenden Probleme in Afrika sind überhaupt nicht spezifisch für postkoloniale Länder und prägen heute die Krisen in vielen Regionen der Welt, unter anderem: nationalistische, ethnische oder religiös aufgeladene Konflikte, welche häufig von Grossmächten für deren Interessen instrumentalisiert werden; ausgeprägte Korruption, Egoismus und Selbstherrschaft der machthabenden Eliten und oft damit verbunden die materielle und politische Ausbeutung durch reiche und machthabende Länder. Es fällt zudem auf, dass die früher ebenfalls von Frankreich, Grossbritannien oder den Niederlanden kolonialisierten Länder in Asien sich deutlich besser entwickelten als die afrikanischen Staaten, die Gründe dafür sind nicht ganz klar.

Wie könnten die Fluchtgründe in Afrika bekämpft werden?

Eine nachhaltige Migrationspolitik muss primär auf die Stärkung von Afrika fokussieren, auf die lokale Wirtschaft, Bildung und den Arbeitsmarkt. Man kann wohl zu Recht einzelne Konzerne kritisieren, welche ihre soziale und ökologische Verantwortung nicht wahrnehmen, aber insgesamt sind die grossen Unternehmen und die Investoren künftig nicht das hauptsächliche Problem, sondern sie können Teil der Lösung sein. Denn es braucht enorme Investitionen für die Entwicklung der lokalen Wirtschaft und der Infrastruktur, für den Aufbau eines zuverlässigen Sozialversicherungswesens, sowie auch für den Klimaschutz – demgegenüber sind Entwicklungsprojekte von Staaten und NGO nur ein Tropfen auf einen heissen Stein. Der Westen hat in Afrika viel Vertrauen eingebüsst, was zu einer vermehrten Orientierung afrikanischer Staaten in Richtung China und Russland führte. China finanziert gigantische Infrastrukturprojekte, bei denen jedoch meistens kaum Arbeitskräfte vor Ort ausgebildet und eingesetzt werden, und die (gewollt) zu grossen finanziellen Abhängigkeiten führen.

Europa und als Teil davon auch die Schweiz könnte da Afrika viel besser unterstützen. Es braucht dafür eine fruchtbare Kooperation von Staat, privaten Unternehmen und Investoren sowie die Unterstützung unserer Bevölkerung. Damit Investitionen in Afrika mit einer je nach Region mehr oder weniger fragilen Situation ermöglicht werden, sollte sich die SP für eine vermehrte Nutzung des Instruments der Investitionsrisikogarantie (Bundesgesetz Stand 2006) einsetzen, welches bisher soweit ersichtlich praktisch nur auf dem Papier existiert. Trotz enormen Schwierigkeiten hat Afrika grosses Entwicklungspotenzial, dafür spricht beispielsweise die positive Entwicklung in Botswana oder der kürzlich stattgefundenene Afrika-Klimagipfel in Nairobi (siehe Kasten).

Eine wichtige ergänzende Perspektive ist auch die Förderung der regulären Migration: Anstelle der irregulären Migration sollte eine reguläre und gefahrenfreie Zuwanderung mittels grosszügiger Kontingente gefördert werden. Wir wollen bei uns Zuwanderer aus Afrika, die bei uns arbeiten möchten, aber diese sollten als Vorbereitung bereits eine berufliche Qualifikation und minimale Sprachkenntnisse mitbringen. Dabei könnten Entwicklungsprojekte für Bildung in Afrika eine sehr wichtige Arbeit leisten.

Michael Oliveri, Peter Ettl, Sibylle Eugster, Hans Kissling, Andres Oehler, Ueli Schwarzmann, Liliane Waldner, Jürg Weber, Johann Zürcher – Mitglieder des Stammtischs der Reformplattform. Sozialliberal in der SP.*
(Kontakt: fabio01haller@gmail.com)

* Der Stammtisch der Reformplattform aus Zürich legt hier die eigenen Überlegungen dar, die nicht zwingend den Positionen der SP Schweiz und der Reformplattform entsprechen.

GROSSER FORTSCHRITT IN BOTSWANA



Diamantenschleiferin Boipelo Mothoemang: «Ich bin die Ernährerin.» (Bild: Adrian Breda)

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1966 war das Land mausarm, Heute hat Botswana praktisch das höchste Pro-Kopf-Einkommen in Subsahara-Afrika, 300 Sekundarschulen und eine Demokratie, um die das Land von vielen auf dem Kontinent beneidet wird. Botswanas Präsident Masisi erreichte nun in harten Verhandlungen mit dem südafrikanischen Bergbaukonzern De Beers, dass der botswanische Anteil an den geförderten Diamanten in den kommenden 10 Jahren von 25 Prozent auf 50 Prozent ansteigt. De Beers richtet zudem einen Entwicklungsfonds von 750 Millionen Dollar ein, der helfen soll, Botswanas Wirtschaft zu diversifizieren. Weiter etablierte die botswanische Regierung eine Zusammenarbeit mit einem belgischen Unternehmen mit dem Ziel, die Diamanten in Botswana selber zu schleifen und polieren, um so Arbeitsplätze zu schaffen und einen besseren Exportpreis zu erzielen.

DER AFRIKA-KLIMAGIPFEL IN NAIROBI

In der «Nairobi Erklärung» (2023) wird die «ungerechte Konfiguration multilateraler institutioneller Rahmen» kritisiert, «die die afrikanischen Nationen durch kostspielige Finanzierungen immer wieder in die Enge treiben ... und ihnen die Ressourcen vorenthalten, die sie zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung daran benötigen. ... Wir fordern faire Bedingungen für unsere Länder, damit sie Zugang zu den Investitionen erhalten, die sie benötigen, um ihr Potenzial freizusetzen und in Chancen zu verwandeln.» (Kenias Präsident Ruto). An der Konferenz wurde die Rolle Afrikas als Akteur betont, der dieses grosse Potenzial Afrikas für eine grüne Transformation nutzen und damit auch die lokale Wirtschaft stärken will. «Afrika kann ein grünes industrielles Zentrum sein, das anderen Regionen hilft, ihre Netto-Null-Strategie bis 2050 zu erreichen.»

Bessere Kurse, bessere Chancen?

Der Zürcher Gemeinderat diskutierte letzte Woche einen Vorstoss, der sich mit den Gymi-Chancen von Kindern aus ärmeren Haushalten befasste.

Nicole Soland

Das Geschäft, das der Zürcher Gemeinderat vergangene Woche als Letztes vor Sitzungsschluss behandelte, eine Motion von Balz Bürgisser (Grüne) und Liv Mahrer (SP), trug den Titel «Chancengerechtere Gestaltung der Übergänge von der Volksschule in die weiterführenden Bildungsinstitutionen». Die beiden forderten vom Stadtrat, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, «um die Übergänge von der Volksschule in weiterführende Bildungsinstitutionen chancengerechter zu gestalten».

Bereits bei den Anmeldequoten ans Gymnasium seien grosse Unterschiede zwischen den Schulkreisen vorhanden, sagte Balz Bürgisser. Im Schulkreis Zürichberg gebe es zahlreiche 6. Klassen, in denen sich über 70 Prozent der Schüler:innen fürs Langgymi anmelden. In einem anderen Schulkreis hingegen seien es knapp 25 Prozent: «So grosse Unterschiede sind bedenklich.» Weil an den Aufnahmeprüfungen mehr verlangt werde als der normale Volksschulstoff, brauche es zwingend eine gute Vorbereitung auf die Prüfung. Dass die Volksschule kostenlos entsprechende Kurse anbiete, sei «gut so» – nur: «Leider sind diese Kurse von unterschiedlicher Qualität, je nach Schule.» Zudem fingen die Kurse relativ spät an, meist erst Ende Oktober. So sei es nicht verwunderlich, dass viele Eltern zusätzlich private Kurse für ihre Kinder buchten, und diese brächten auch tatsächlich etwas bzw. erhöhten die Chancen, die Aufnahmeprüfung zu bestehen.

Machtkonstellationen...

Den Haken daran nannte Balz Bürgisser sogleich: Diese Kurse sind teuer. Er erwähnte den Preis von 3000 Franken, der bei einem bekannten Lerninstitut fällig werde. Das könnten sich nicht alle Eltern leisten, hielt er fest: «Somit haben Kinder aus Elternhäusern mit tie-

ferem sozioökonomischem Status geringere Chancen, die Aufnahmeprüfung zu bestehen.» Das lasse sich durch die Aufnahmequoten an einzelnen Gymnasien in der Stadt Zürich belegen: An der Kantonsschule Zürich Nord würden 43 Prozent der Angemeldeten die Prüfung bestehen, an der Kantonsschule Rämibühl seien es gut 60 Prozent. Und das, obwohl alle ungefähr dieselben Vornoten aufwiesen und alle dieselbe Aufnahmeprüfung absolvierten, betonte Balz Bürgisser. Bei begabten Kindern aus sozial benachteiligten Schichten summierten sich somit zwei Effekte: Die Anmeldequote sei

Besonders begabte und leistungswillige Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen sollten an den Übergängen speziell gefördert werden.

tiefer, und bei den Angemeldeten sei die Bestehensquote tiefer. Es brauche deshalb ein Gratisangebot von qualitativ guten Vorbereitungskursen, die alle offen stünden. Besonders begabte und leistungswillige Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen sollten an den Übergängen speziell gefördert werden, mit Programmen, die ebenfalls gratis anzubieten seien. Zudem sollten Angebote geschaffen werden, um die Schüler:innen gut auf die Eignungstests für Berufslehren und -schulen vorzubereiten.

...und unbewusste Vorurteile

In der Debatte sprach Stefan Urech (SVP) von einem Vorstoss, der «alle zwei, drei Jahre mal

kommt» und zeigte sein Unverständnis dafür, dass das Gymi als das «non plus ultra» gehandelt werde. Die Sek sei eine gute Schule. Natürlich hätten jene bessere Chancen, die sich teure Kurse leisten könnten, doch das werde immer so bleiben. Das sei aber nicht schlimm, denn wer motiviert sei und wirklich wolle, könne es auch ohne Kurs schaffen. Damit rief er Sophie Blaser (AL) auf den Plan: Sie begann ihr Votum mit der Feststellung, dass vor allem die Machtkonstellationen zwischen Elternhaus und Lehrpersonen für den Übertrittsentscheid in die Sekundarstufe I und ins Gymi entscheidend seien. Effektiver als Zusatzkurse wäre es deshalb, den «unconscious bias» von Lehrpersonen – also deren unbewusste oder implizite Vorurteile – zu benennen und aktiv daran zu arbeiten. Der Stadtrat weise in seiner Antwort darauf hin, dass die Kommunikation verbessert und den Eltern das duale Bildungssystem erklärt und schmackhaft gemacht werden solle. «Doch was Kinder aus Haushalten mit sozioökonomischem tiefem Status wirklich nicht noch einmal hören wollen, ist: Geh' doch in die Sek, das reicht auch, dort bist du besser aufgehoben, das Gymi ist zu kompliziert, du kannst dann die Berufsmittelschule machen und die Passerelle, das ist ein besserer Weg für dich, und irgendwann kannst du dann vielleicht schon noch studieren gehen.» Dass sich die Bürgerlichen da sträubten, sei klar: Deren Kinder seien nicht die gescheitesten, sondern die privilegiertesten. Jedes Kind, das aus sozioökonomisch schwierigen Verhältnissen ins Gymi komme, nehme aus dieser Perspektive einem ihrer Kinder den Platz weg.

Yasmine Bourgeois (FDP) sagte, es sei wichtig, dass Kinder mit schlechteren Startchancen unterstützt würden. Doch bei der FDP mache man sich Sorgen, dass «noch mehr Kinder ins Gymi gedrängt» würden und dadurch das duale Bildungssystem noch mehr geschwächt würde. Gerade das duale System biete viele Chancen, unabhängig vom Portemonnaie. «Chancengerechtigkeit» bedeute aber nicht «möglichst hohe Gymiquoute». Sophie Blaser rief nochmals in Erinnerung, die

Machtkonstellationen seien das Wichtigste: Aufgrund dessen, wie Lehrpersonen Eltern und deren Status einschätzten, schätzten sie auch die Kinder ein. So würden Kinder von Akademiker:innen besser gefördert, das sei wissenschaftlich erwiesen. Interessant sei, dass die Sek immer dann angepriesen werde, wenn es um Schüler:innen aus sozioökonomisch schwächeren und/oder migrantischen Haushalten gehe. Der IQ sei nämlich über die gesamte Bevölkerung normalverteilt. Die Motion wurde in ein Postulat umgewandelt und gegen die Stimmen der SVP überwiesen.

Zum Schluss noch ein bisschen persönlicher Senf dazu: Die Bürgerlichen schienen automatisch davon auszugehen, wenn mehr Kinder, die fernab des Zürichbergs aufwachsen, ins Gymi kämen, würden sie «ins Gymi gedrängt». Doch wenn der IQ normalverteilt ist, aber überdurchschnittlich viele Kinder vom Zürichberg ins Gymi gehen, könnte man auch umgekehrt argumentieren: Wenn ein paar dieser Kinder nicht mehr ins Gymi gedrängt würden, sondern eine Lehre machen dürften, hätte es problemlos Platz für ein paar Gymischüler:innen aus weniger privilegierten Haushalten... Oder anders gesagt: Solange niemand be-

Woran erkennt man, ob jemand privilegiert ist oder nicht? Die Privilegierten werden gefragt, die anderen werden zugeteilt.

fürchtet, dass zu viele Kinder «in eine Lehre gedrängt» werden könnten, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass das mit den Machtkonstellationen nicht aus der Luft gegriffen ist: Woran erkennt man, ob jemand privilegiert ist oder nicht? Die Privilegierten werden gefragt, die anderen werden zugeteilt.

Chiaroscuro

Eine Lektion in Kunstgeschichte, verpackt in eine ausladend expressive Räuberpistole.

Neben dem Original von Michelangelo Merisi alias Caravaggio hängen in der Pinacoteca di Brera in Mailand in einer grossen Selbstverständlichkeit etliche weitere Werke von weltweit weniger bekannten Malern, die seiner stilbildenden Malerei naheiferten und unter dem Sammelbegriff Caravaggisten eine ganze Abteilung bilden. Ihnen gleich tut es der Kamerablick von Michele d'Atanasio für Michele Placidos Lebenserzählung des sagenumwobenen Meistermalers in «L'ombra di Caravaggio». Sein Ruf als Haudegen eilt ihm im päpstlich dominierten Rom voraus, wohin er vor der neapolitanischen Justiz flieht und sich eine Begnadigung erhofft. Ihm (Riccardo Scamarcio, selbst ein Bild von einem Mann) auf den Fersen ist der Inquisitor alias der Schatten (Louis Garrel), Sukkurs erhält er von der mächtigen Marquise Colonna (Isabella Huppert) und dem Kardinal del Monte (Michele Pacido). Dass er in Neapel einen seinen Häscher niedergestochen hatte, ist im Zentrum der damaligen Welt der sehr viel geringere Frevel, als dass es ihm glückt, Roms berühmteste Hure Lena (Micaela Romazzotti) in einer dermassen eindringlichen Andächtigkeit zu malen, dass



nicht nur das gemeine Volk bei deren Anblick in einer divinen Ergriffenheit niederkniet und in Tränen aufgelöst das Beten beginnt, sondern dass davon auch die mächtigsten Vertreter der allein weltlenkenden Instanz von einer heiligen Beglückung heimgesucht werden, was natürlich gar nicht geht, Caravaggio also als der Blasphemie sich versündigend zu verurteilen ist. Der Film ist ungewohnt opulent und pompös im Zelebrieren der Bedeutungsschwere im Kampf um die Freiheit der Kunst, die hier mit der erst späteren humanistischen Gleichwertigkeit aller Menschenleben einhergeht und der Verteidigung jeder Deutungshoheit mit dem Schwert durch die Unfehlbarkeit. Natürlich trieft der Film vor schwelgerischer Emotionalität, aber auch das kann von wohlthuender Wirkung sein. *froh.*

«L'ombra di Caravaggio» spielt in den Kinos Houdini, Movie.

Falscher Stolz

Monia Chokri verlegt «Lady Chatterley's Lover» in den frankokanadischen Wald.

Eine Vierertafel debattiert während des Soupers in einer ausserordentlich eloquent-distinguierten Form darüber, ob und weswegen der Mensch ein Parasit sei. Der Disput wird beiderseits der Argumentationslinien mit einer so intensiven Verve geführt, dass bald der Burgfrieden in Gefahr zu geraten droht. In der Folge dekliniert Monia Chokri die verschiedenen Perspektiven darauf aus und richtet sich auffallend nahe entlang des epochalen Romans von H.D. Lawrence, worin sich die noble Dame von allem Gesellschaftstand befreit, indem sie sich vom vierschrotigen Wildhüter in die sexuelle Ekstase davontragen lässt. Unhappily ending inklusive. Der Klassenunterschied zwischen Sophia (Magalie Lépine-Blondeau) und Sylvain (Pierre-Yves Cardinal), der heute natürlich nicht mehr so genannt werden darf, weil ja bekanntlich Gesellschaftsschichten nicht mehr existieren, wird auf die Unvereinbarkeit qua Bildungshorizont und der daraus erwachsenden pekuniären Potenz reduziert, während die Krux einer selbstgewählten Lebensführung exakt dieselbe geblieben ist wie vor einhundert Jahren, als der Roman einen Skandal verursach-



te und verboten wurde. Nicht das Blitzgewitter einer herzlichen Zuneigung und schon gar nicht die wollüstige Befriedigung stehen an oberster Stelle, wenn die Frage nach dem individuellen Lebensglück in ein Sichtfeld tritt. Noch viel weiter oben auf der Prioritätenliste finden sich von Zukunftsängsten gefütterte Sicherheitsbedenken und eine sogenannte Vernunft. Wie wenn jede Individualität Platz im selben normierten Kästchen finden würde. Jetzt sind Sophia und Sylvain erwachsene Personen, die bereits eine Vielzahl von Erwartungsnormen verinnerlicht, also ein beträchtliches Stück ihrer in Gedanken und Wünschen grenzenlosen Freiheit eingebüsst haben. Aus der gemeinsamen Aussicht auf ein Ausbrechen aus der Daumenschraube eines falschen Stolzes erwächst eine schier prometheische Überforderung. *froh.*

«Simple comme Sylvain» spielt im Kino Frame.

Kälte

Piet Baumgartner begleitet fünf HSG-Absolvent:innen während sieben Jahren.

Es sind lauter sich im Kreis drehende Huhn-Ei-Fragen. Bezüglich einer Verantwortlichkeit dient der Zuzug von Beratungsfirmen einer vermeintlichen Versystemisierung unspektakulärer Sparentscheide. Auftraggeber:innen brauchen sich selbst nicht zu exponieren, weil sie eine errechnete Logik als Grundlage vorschieben können, derweil Berater:innen sich auf die Position, allein einen Vorschlag erarbeitet zu haben, zurückziehen können. Wenn es jetzt einen Studiengang gibt, der sich als Nadelöhr für Karrieren in internationalen Führungsetagen etabliert hat, wird ein:e Absolvent:in, vor lauter Glück überhaupt zugelassen worden zu sein, recht unabhängig von der ursächlichen Motivation für eine Berufsausübung, sich tendenziell hüten, sich dieser Chance auf pekuniären Überfluss höchstselbst gleich



wieder zu berauben, indem eine überkritische Haltung gegenüber der Lehrmeinung eingenommen wird. Gefragt ist Stromlinienförmigkeit, die allein anhand eines einzigen Parameters gemessen wird. Im Film, der fünf Beispielkarrieren zeigt, kostet diese eindimensionale Fokussierung eine langjährige Partnerschaft, erwachsen aus einer persönlichen Empfindung einer Leerstelle durch die anscheinende Notwendigkeit, sich eine emotionale Kälte anzudressieren, fundamentale Zweifel und doch obsiegt stets der Sog oder eben Drang, zu dieser einförmigen Vorstellung von Oben zu gelangen. Sympathisch ist diese Welt nicht und das ist eines der grossen Probleme, das sich einer einhelligen Begeisterung für diesen Film entgegenstellt. Nicht das Individuum per se, sondern die Systemik, für das es exemplarisch steht, wirkt befremdlich und recht eigentlich lebensentrückt, um nicht gar die Sinnfrage zu bemühen. Fünf davon in Folge ändern daran auch nichts. Piet Baumgartner schafft, dieses offenbar unauflösliche Paradox abzubilden, ohne derweil tendenziös zu werden, aber auch ohne einen Ansatz gegen das Unbehagen gegenüber dieser Parallelwelt zu offerieren. *froh.*

«The driven ones» spielt im Kino RiffRaff.

Wüstensand in der Walachei und viel Krisenmusik

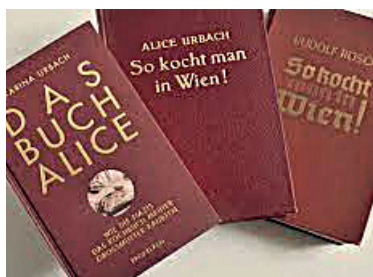
Samstag, 4. November

8.30 SWR: **«Geld auf dem Lehrplan»**. Andrea Lueg über Finanzbildung an Schulen. Danach in der Musikstunde: «Gnawa-Grooves und Falsett-Gesänge». Thomas Loewner zur Musik des Maghreb im Spiegel des Jazz.

10.00 DLF: **«Klassik, Pop et cetera»**. Heute mit der Tänzerin, Choreografin und Regisseurin Reinhild Hoffmann. «Ihren genauen Blick und ihre Eleganz hat sie sich im Alter von 80 Jahren erhalten.»

11.00 DLF: **«Nach uns die Wüste»**. Klimawandel in Rumänien. Manfred Götzke in der Reportagereihe Gesichter Europas. Wüstenbildung ist auch auf unserem Kontinent nicht mehr nur ein Problem von Spanien und Portugal. Vor allem im Süden, in der Walachei, wo früher Felder und Wälder das Ufer der Donau säumten, breiten sich sandige Flächen aus. Mehr als 1000 Quadratkilometer umfasst das Gebiet inzwischen. Der Wind bläst den Sand in die Dörfer, ja bis in die gut 200 Kilometer entfernte Hauptstadt Bukarest. Folge einer Kombination der Erderwärmung und rücksichtsloser Agrarpolitik... Parallel bei SRF 2 die «Musik für einen Gast» mit Dominik Muheim, Slam-Poet und Kabarettist.

17.00 SWR: **«Zeitgenossinnen»**. Karina Urbach, Historikerin. «Wie die Nazis das Kochbuch meiner Grossmutter raubten». In diesem Buch beschreibt sie, wie der Bestseller von Alice Urbach, einer Wiener Jüdin, nach dem Anschluss Österreichs unter anderem Namen erschien. Auch geistiges Eigentum wurde arisiert. Doch vor allem befasste sich die deutsch-britische Wissenschaftlerin mit dem Adel als «Hitlers heimliche Helfer».



19.00 SWR: **«Sarah Jane»**. Krimi nach dem Roman von James Sallis «Die zweite Hälfte». Danach ist bis früh um 6 Uhr durchgehend Jazz angesagt: «Jazzfest Berlin – live!»

20.00 DLF: **«V 13»**. Chronique judiciaire. In diesem Hörspiel nach dem Tatsachenroman von Emmanuel Carrère werden laut Vorschau unter anderem Fragen der Gerechtigkeit und des Rechts verhandelt, Fragen nach politischer Verantwortung und demokratischen Errungenschaften, der Ethik und Affektivität von Menschen. Es gehe um Sterben, Verlust, Grauen und Trauer. «Inhalte, bei denen es nur menschlich wäre, irgendwann nicht mehr hinzören zu können oder wollen. Eigentlich.» Gleichzeitig bei SRF 2: «Tannenklirren». Die erste Folge der zuvor bei SRF 1 abgeduldeten «Mystery-Crime»-Serie, die nun noch ins Kulturprogramm muss. Schliess-

lich verspricht der SRF-Hörspiel-Newsletter für den November «ein Grauen ohne Ende». Davon gibts ja im realen Leben zu wenig ...

21.00 SRF 2: **«Real und imaginär»**. Volksmusik im Spiegel der Neuen Musik. Präsentiert von Thomas Meyer.

22.00 DLF: **«In der deutschen Nachkriegszeit»**. Vernichtung, Trauer, Traumata bei Karl Amadeus Hartmann, Rudolf Mauersberger, Hans Werner Henze. Egbert Hiller über das Forum neuer Musik 2023. 1945 verstanden sich viele Deutsche als die Hauptopfer des Krieges. Es gab in Bezug auf das Durchlebte einen breiten Schweigekonsens, und auch künstlerische Reflexionen zu Verbrechen und Schuld waren rar, kamen nur langsam in Gang. Der junge Henze zum Beispiel hat 1951 in seiner Funkoper «Der Landarzt» nach Kafka versucht, Opfer- und Täterperspektiven sowie daraus resultierende seelische Folgen albraumartig miteinander zu verknüpfen.

23.00 DLF: **«Chronist der Shoah»**. Eine Lange Nacht über den Pionier der Holocaust-Forschung Raul Hilberg. Gestaltet von Andreas Beckmann und Beate Zieggs. Heute gilt «Die Vernichtung der europäischen Juden» als Standardwerk der Holocaust-Forschung. Als er es 1955 fertiggestellt hatte, fand Hilberg (1926–2007) nirgendwo einen Verleger, weder in den USA noch in Israel, schon gar nicht in Deutschland. Erst in den 1980ern wurde seine Forschungsarbeit als bahnbrechend anerkannt, und bereits droht sein Werk wieder in Vergessenheit zu geraten. In den drei Stunden werde denn auch «ein dramatisches Kapitel der Wissenschaftsgeschichte» ausgeleuchtet.

Sonntag, 5. November

8.30 SWR: **«Superteilchen Neutrino»**. Science Talk mit Kathrin Valerius, Professorin für experimentelle Teilchenphysik. Und bei SRF 2: **«Boxen und beten: ein Mann im Ring des Lebens»**. Pascal Brand, Schweizermeister im Amateurboxen, Coach und Theologe.

9.30 DLF: **«Hat die Menschheit eine Zukunft?»** Nachdenken über Ausserirdische. Catherine Newmark im Gespräch mit dem Soziologen Andreas Anton. Der stelle sich in einer Zeit, in der wir ernsthaft zweifeln, ob eigentlich «unsere technologisch entwickelte Zivilisation überlebensfähig ist oder aber unseren Planeten zugrunde richtet», beim Blick in die Galaxie, ob es da wohl Leben gebe und unter welchen Bedingungen. Promoviert notabene habe Anton mit einer Arbeit über den Umgang mit «heterodoxen Wissensbeständen» in der DDR.

12.00 SWR: **«Margot Friedländer»**. Marta Kupiec über eine Zeitzeugin und ihr Vermächtnis.

12.40 SRF 2: **«Musik für einen Gast»**. Roswitha Schmalenbach, Schauspielerin und Radiomoderatorin. Reprise zu ihrem 100. Geburtstag.

13.30 DLF: **«Zwischentöne»**. Musik und Fragen zur Person. Hannah Monyer, Neu-

rowissenschaftlerin. «Vergessen ist wichtig.»

14.00 SWR: **«Die Sprache geht verloren, die Seele bleibt!»** Der Sound von Dersim. Feature von Fritz Schütte. Dersim ist auf keiner Landkarte mehr zu finden. 1937 wurde die kleine türkische Provinz umbenannt. Aber geblieben ist von dort überlieferte Musik.

15.00 SRF 2: **«Klänge der Freiheit»**. Rückblicke auf die Folk-Festivals auf der Lenzburg. Reprise einer Passage von Lea Hagmann.

16.30 DLF: **«KI spricht Delfin»**. Verstehen wir jetzt, was Tiere uns sagen? Anneke Meyer in Forschung aktuell.

20.00 DLF: **«Geschlecht: Braucht Mensch das?»** Feature von Teresa Schomburg. Die zweite Hälfte folgt in einer Woche. Und bei SRF 2: «Glaube Liebe Hoffnung». Bernd Künzig und Jürgen Otten im Gespräch über Oper und Religion.

23.00 SWR: **«Im Taumel der Krisen»**. Musik und Gesellschaft in extremen Zeiten. Essay von Tobias Bleek. Auch die Musik ist keine weltentrückte Kunst in einem geschützten Raum. Sie ist eine ästhetische, kulturelle und soziale Praxis, in der sich Erschütterungen der Zeit spiegeln. Ausgangspunkt der Betrachtung ist das Krisenjahr 1923. Kann die Auseinandersetzung mit der Geschichte den Blick auf die Gegenwart schärfen?

Montag, 6. November

8.30 SWR: **«Äh, ähm, genau»**. Max Rauner über Füllwörter. «Zwischen einer nervtötenden Überdosis und dem richtigen Mass liegt oft nur ein Atemzug.»

14.00 SRF 1: **«Bombshells»** von Joanna Murray-Smith. Reprise zum 75. Geburtstag von Birgit Steinegger.

15.00 SWR: **«Journalistisch arbeiten mit Down-Syndrom»**. Ein Redaktionsbesuch von Nele Dehnenkamp.

Dienstag, 7. November

8.30 SWR: **«Klimafreundliche Kühe?»** Alexander Budde zeigt, wie Irland die Milchviehhaltung retten will.

15.00 SWR: **«Vorbild für viele selbstverwaltete Wohnprojekte»**. Grace Yoon über die ehemalige Chérisy-Kaserne in Konstanz.

19.15 DLF: **«Strasse der Verlorenen»**. Als Berlin geschändet wurde. Feature von Karsten Krampitz. Schon im Krisenjahr 1923 schlug verbaler Antisemitismus in physische Gewalt um, wurden Juden geschlagen, beraubt und halbnackt durch die Strassen getrieben – zehn Jahre vor Hitlers Machtübernahme!

20.00 DLF: **«Wilhelm»**. Schicksalsjahre eines Kaisers. Hörspiel von Philip Stegers. Mit einem Mini-Hofstaat, bestehend aus seiner Gattin und einem treuen Flügeldjantanten, verschanzt sich der narzisstische Ex-Regent in einer alternativen Version der

Geschichte. Ihm kommen Verschwörungstheorien so gelegen wie windige Hochstapler oder Nazis.

21.00 SWR: **«Kippunkte»**. Neue Musik in Ökozid und Klimakrise. JetztMusik mit Friederike Kenneweg. Stimmen bedrohlicher oder bereits ausgestorbener Tierarten, auch der Sound schmelzenden Arktis-Eises finden Eingang in Kompositionen und Klanginstallationen. Kann das etwas bewirken?

22.00 DLF: **«Klangwelt zu Beginn der Globalisierung»**. Rainer Baumgärtner über das Europäische Hanse-Ensemble und die Musik rund um das «Mare Balticum».

Mittwoch, 8. November

8.30 SWR: **«Sinnvoll oder schädlich?»** Marie Eickhoff über Nahrungsergänzungsmittel für Kinder.

15.00 SWR: **«Zwischen NS-Zeit und Stalinismus»**. Mirjam Steger skizziert eine deutsch-tschechisch-jüdische Familiengeschichte.

20.00 SRF 1: **«Love»** mit Lisa Christ. Noch nie war Liebe so kompliziert wie heute ... Und bei SRF 2: «Vielschichtig und am Puls der Zeit». Philip Venables Musik.

21.00 DLF: **«Zingsheim braucht Gesellschaft»**. Die politische Radioshow zu 100 Jahre Radio. Teil zwei.

Freitag, 10. November

8.30 SWR: **«Vorbild für Gebirgsbahnen weltweit»**. Almut Ochsmann zur Schwarzwaldbahn.

10.00 DLF: **«In Zeiten von Multitasking»**. Brauchen wir mehr Langeweile im Leben?

15.00 SWR: **«Starke Menschen brauchen keine starken Führer»**. Martina Gross über die afroamerikanische Bürgerrechtsaktivistin Ella Baker.

20.00 DLF: **«Utopia»**. Die Frauen vom Meer. Feature von Julia Schulz. Kihnu, eine Insel im Meerbusen von Riga, gilt manchen als letztes Matriarchat von Europa. Parallel bei SRF 1: «Der Chor» von Dominik Busch. Herbst 2001: Gewalt trifft auf Gesang. Erinnert wird an einen Amoklauf, der sich in Luzern ereignete und dort eine Chorgemeinschaft auf eine ganz besondere Probe gestellt hat. Und bei SRF 2: «Loriot – der preussische Bajazzo». Zweitausstrahlung am Sonntag nach 15 Uhr!

21.00 DLF: **«Afropop und Frauenrechte»**. Pamela Badjogo, Sängerin aus Gabun. «Kampf ist nicht die Lösung», sagt die engagierte Feministin. «Der beste Weg zu Veränderung ist, Menschen zum Tanzen zu bringen.»

DLF / Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. **SWR / Südwestrundfunk 2** – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. **Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!**

Eine Stube mit Wein und Tapas

Seit 149 Jahren existiert an der Münstergasse in der Zürcher Altstadt die «Bodega Espanola», ein Restaurant, in dem immer nur spanisch (wenn auch nicht immer mit Spanier:innen) gewirtet wurde. Denise Marquard schrieb zum Jubiläum ein Buch, Doris Fanconi fotografierte.

Koni Loeffle

Als ich vor rund 60 Jahren als junger Student nach Zürich kam, lebte ich in einem kleinen Zimmer, das zum Schlafen in Ordnung war, aber sonst wenig taugte. Wobei es mir wie vielen anderen erging: Der Schlafort war nur sehr bedingt der Aufenthaltsort. Hier spielten neben den Spielsalons und dem Lichthof ein paar Restaurants eine zentrale Rolle: Das Odeon, das Select, die Stadt Madrid und eben die Bodega. Gemeinsam war ihnen, dass sie, wie dies Denise Marquard bereits in der Einleitung erwähnt, an 365 Tagen im Jahr offen waren. Zudem konnte man sich in ihnen zu jeder Tageszeit aufhalten. Man durfte zwischen 12 und 14 Uhr in aller Ruhe vor einem Kaffee oder einem Glas Wein sitzen und musste kein Mittagessen bestellen und erhielt auch um 23 Uhr noch einen Teller Calamares oder eine Tortilla.

Das gilt sehr explizit für die Bodega und hier vor allem für das Parterre. Der Saal im ersten Stock war für richtiges und mitunter auch vornehmes Essen mit manchmal auch spanischer Gitarrenmusikern. Der Saal spielte für die Wirtschaftlichkeit des Lokals eine Rolle und für mich als Traum: Mein Studienabschluss, den ja der Vater berappen

müsste, würde ich dort oben feiern. Da ich nie ein Studium abschloss, kenne ich den Saal aus eigener Erfahrung nicht. Dafür das Parterre umso besser, das die Autorin eingehend schildert und die Fotografin erleben lässt: In der Bodega konnte man vor allem am Nachmittag in aller Ruhe in einer Ecke ein Buch lesen, sich zu einem Date treffen, sich zu einer Sitzung im kleinen Kreis verabreden. Genau so wie vor allem am Abend in dem oft übervollen und sehr verrauchten Lokal mit Fremden oder Bekannten schwatzen. Es gab selbstverständlich auch hier Stammgäste mit bevorzugten Plätzen: Aber die Bodega war die wohl am vielfältigsten zusammengesetzte Lokalgemeinschaft; sowohl politisch, religiös, wie auch national oder altersmässig. Denis Marquard widmet vier Kapitel des Buches vier Stammgästen: dem Erfinder des Stadtjägers Mika Lanz, der Filmemacherin Andrea Staka, der Sängerin La Lupa und dem Kultursoziologen Hans-Peter Meier-Dallach.

Das Prinzip der Bodega, das betont die Autorin mehrmals, war und ist sehr einfach und hat sich seit der Gründung 1974 durch Pedro Gorgot und seiner Frau Margaretha Paronella kaum geändert. Zwischen der Schweiz und Spanien bestanden wirtschaftliche Beziehungen und auch passable Wege. Der Schweizer Wein war eher sauer, der spanische entschieden besser und preislich günstig. Die Gorgots wanderten aus Vall de Santa Creu in Katalonien aus. Zusammen mit ihrem Wein, den sie in der Schweiz sowohl in einem Laden als auch im Restaurant Casa Gorgot, wie die Bodega auch heisst, an der Münstergasse verkaufte. Zum Wein kamen das spanische Essen, das den Vorteil besitzt, dass es aus vielen Tapas besteht, aus denen man etwas Schnelles oder ein grosses Essen servieren kann. Die spanischen Einwanderer hatten recht rasch Erfolg, sie integrierten sich in Zürich, blieben aber

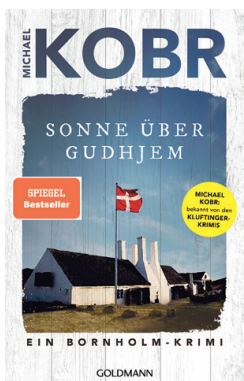
auch dem spanischen Lebensstil und vor allem der Bodega treu. Das Lokal blieb immer gleich, wie es Denis Marquard beschreibt: «Angenommen, eine Person hätte die letzten fünfzig Jahre am andern Ende der Welt verbracht und beträte heute wieder die Bodega – sie könnte beim besten Willen keine, aber wirklich keine Veränderung feststellen. Dabei ist das Lokal zu Beginn der 1990er-Jahre drei Jahre lang für 2,5 Millionen Franken rundum erneuert worden.» Konstant blieben auch die Wirt:innen und die spanischen Kellner. Die Familie Gorgot betrieb das Lokal bis 1956 in drei Generationen und kam dabei durch alle Wirren der Zeit zu einigem Wohlstand. 1956 verpachtete Pedro Gorgot, dem das Wirten gar nicht lag, das Lokal an Erich Winistörfer, Später kaufte dieser Haus und Restaurant und so kam die spanische Bodega in den Besitz einer Schweizer Wirtfamilie, die aber das Lokal ganz im spanischen Stil weiterführte. In der Küche, die immer noch spanisch kocht, arbeiten heute allerdings sehr viele Nationalitäten.

Der Sohn, ebenfalls Erich mit Vornamen und seine Frau Brigitte prägten die heutige Bodega in den letzten gut 20 Jahren. Seit dem 1. Juli gehört sie zum Imperium der Segmüllers, die das Lokal im bisherigen Stil weiterführen wollen. Zum Buch gehören als eigenständiger Teil die Fotos von Doris Fanconi, die vor allem die Menschen und die Atmosphäre der Bodega darstellen.

Denise Marquard (Text),
Doris Fanconi (Fotos):
Bodega Espanola. Rotpunktverlag, 2023, 207 Seiten, 41.90 Franken.



Krimi der Woche



Lennart Ipsen sucht auf der kleinen dänischen Insel Bornholmer nach seiner Tätigkeit für die EU und einer befreienden Scheidung Ruhe als Leiter der örtlichen Polizei, bei der Britta und Tao seine einzigen Mitarbeiterinnen sind. Wobei Britta nebenbei noch eine Textildruckerei und mit ihrem Mann einen Handwerksladen mit Café betreibt. Für Lennart zunächst ein Schock, zumal seine Versuche als strenger Chef an ihr abprallen. Dafür entwickelt sie sich sehr rasch zu einer guten Freundin, die ihn immer wieder daran erinnert, dass das Leben nicht nur aus Arbeit

besteht. Davon haben sie allerdings und wider Erwarten mehr als genug. Steffen Kristensen, ein Schweinebauer, liegt in der Räucherherde seines Betriebs. Er wurde betäubt und zusammen mit seinen Schinken geräuchert. Er besass einen recht schwierigen Charakter. Sein Schwiegersohn, dem er einen Kredit für einen Hauskauf brüsk verweigerte, ist gar nicht gut auf ihn zu sprechen, etliche Abnehmer:innen seiner guten Produkte ebensowenig, galt er doch als schwieriger und aufbrausender Partner.

Lennart lernt bei seinen Ermittlungen die Gebräuche und die Kulinarik seiner neuen Umgebung von Tag zu Tag besser kennen und gewinnt auch Erkenntnisse über die Tricks, mit denen man die zahlreichen Tourist:innen zum Kauf einheimischer Produkten animiert. Dabei lernt er die Spitzenköchin Maren kennen, mit der er zarte Banden anknüpft, die sich wohl im nächsten Krimi entwickeln werden.

Als sein Vater und seine beiden Töchter ihn über das Wochenende besuchen, geht es ihm privat so richtig gut, etwas weniger, was die Aufklärung des Mordes betrifft: Er und seine beiden Mitarbeiterinnen finden zwar eine Menge Beweise, dass der Ermordete nicht zu den Liebenswürdigen gehörte, aber absolut keine Mordmotive. Seine Freunde benehmen sich komisch, weichen der Polizei aus, scheinen etwas Vergangenes mitzuschleppen. Ein begonnenes Buch des Ermordeten führt die Ermittler:innen schliesslich auf eine verheissungsvolle Spur.

Der Autor nimmt sich viel Zeit für die Schilderung der Personen und den Beziehungen untereinander und macht kräftig Werbung für das Inselleben. Es ist ein heiteres, leichtes und fröhliches Buch, wobei sich die kriminalistische Spannung in Grenzen hält. *kl.*

Michael Kobr: **Sonne über Gudhjem**. Goldmann Verlag, 2023, 415 Seiten, 33.90 Franken.

Unmöglich

Nach bald 25 Jahren Tribute-Erfahrung, stösst Daniel Rohr erstmals an eine Grenze.

Wenn eine einzige Person hochgradige musikalische Virtuosität, einen alle Geschlechter anturnenden Sex-Appeal, eine herausragende Körperspannung im Tanz und eine immens grosse Spannweite des Stimmvermögens in sich vereint, so wie Prince (1958–2016), ist es nachgerade unmöglich, dieser Ausnahmekombination in einem Tribute annähernd nahe zu kommen. Noch in keiner der stets ausgesucht besetzten und sorgfältig recherchierten und arrangierten Inszenierungen von Tribute-Abenden seit «Zappa» im Theater Neumarkt kam das Gefühl einer Leerstelle hoch, die eine intellektuell herbeigeführte Selbsttröstung einforderte, bis jetzt. Selbstredend ist das ein Klagen auf höchstem Niveau, aber verschwiegen solls auch nicht sein. Die beiden Bands – alternierend



(Bild: Toni Suter)

– sind wie üblich im Theater Rigiblick hochkarätig besetzt und die Stimmgewalten von Andreas Laraida (Falsett?, auch musikalische Leitung), Nina Attal und Freda Goodlett, einmal verstärkt von der Schlagzeugin Hannah Bissegger und der Gitarristin Anisa Dojoatmodjoin während einer Rapsequenz, ergeben in ihrer Summe eine prince-nächstmöglichste Mélange, die während des Liveerlebens fraglos mit einer grossen Vielfalt überzeugt. Auf der Erzählebene versucht Romeo Meyer als Journalist Zutritt ins Allerheiligste, den Paisley Park bei Minneapolis, zu erhalten, wird aber von Luisa Wolf als gestrenger Türsteherin auf seinen Platz verwiesen. Allerdings weiss sie – weshalb stellt sich erst ganz zum Schluss eigentlich überraschend heraus – Details über die durchaus nicht von Tragik verschonte Lebensgeschichte eines regelrechten musikalischen Maniacs, der in seinen Hochzeiten vier neue Songs pro Tag aufnahm und sämtliche Instrumente selbst einspielte. Ingeheim wird so Luisa Wolf zum Star des Abends, der wohl oder übel die überbordenden Ausnahmetalente eines Mannes auf das jeweils spezifische Vermögen einer ganze Crew umlegen muss – die dabei letztlich unisono glänzt. *froh.*

«Tribute to Prince – Purple Rain forever», 31.10., Theater Rigiblick, Zürich.

Drei K

Kunst ergänzt das Filmbild von letzter Woche über die Situation der Frau in Georgien.

Das tendenziell Befremdliche im Freiheits- respektive Selbstermächtigungsbegriff der Protagonistin in Elene Naverianis neuem Film «Blackbird Blackbird Blackberry» erfährt in der Malerei von Elene Chatladze in der Kunsthalle Zürich eine die Nachfühbarkeit stärkende Ergänzung. Kinder, Küche, Kirche sind die dominierenden Elemente in ihrer Malerei, die sie salopp formuliert auf Fundstücken jeden erdenklichen Materials anbringt. Sie fertigt aus den bereits im Stück angelegten Formen mit Farbe und Naturalien Kleingemälde, die sich irgendwo zwischen Ikone und naiver Malerei bewegen. Über die Person Elene Chantladze ist nur wenig bekannt. Einen ausführlichen Artikel publizierte Nadia Beard auf «Radio Free Europe» im vergangenen August. Darin beschreibt sie eine fröhliche Kindheit, eine Jugend im Versteckten, weil ihr die Brautentführung drohte, eine arrangierte Ehe in leidenschaftlicher Abneigung und Jahrzehnte später die regelrecht befreiende Zäsur durch den Hinschied des Gatten. Schon zuvor hatte sie aus einer inneren Dringlichkeit Steine verziert und bemalt, den flachen Untergrund hat die 1946 geborene Frau erst als



(Elene Chantladze: «As in a Melody or a Bird's Nest», 2023, Foto: Cedric Mussano)

Witwe zu bearbeiten begonnen. Gegenüber Nadia Beard äusserte sie, «wenn ich glücklich bin, male ich nicht», was bereits beim Durchgang der über 80 in der Ausstellung hängenden Objekte gefühlt fassbar aber ohne die Hintergrundinformation eben noch nicht verortbar erscheint. Zum Star wurde sie durch den georgischen Künstler Nino Sekhniashvili, der sie entdeckte und ihr 2012 eine Openair-Verkaufsausstellung ausrichtete. Seither reisen ihre Werke um die Welt. Ihre zuvor verfasste Lyrik harrt noch der Übersetzung. Unabhängig von den aufkommenden Gedanken über das Funktionieren des Kunstmarktes ermöglicht diese Ausstellung eine intuitive Annäherung an eine Lebenssituation einer Frau, die trotz geographischer Nähe gesellschaftlich sehr weit weg ist. *froh.*

Elene Chantladze: «As in a Melody or a Bird's Nest», bis 21.12.24, Kunsthalle, Zürich.

Zweck

Das normierte Dasein als Werk-tätige aus dem sozialistischen Bruderstaat in der DDR.

Wortwahl und Tonfall in den Arbeitsverträgen und dem Abkommen zwischen der DDR und Vietnam über den Austausch von Arbeitskräften von 1980 lassen keinerlei Empathie erkennen. Der Mensch, so zeigen es die Listen der Verteilungsquoten auf die einzelnen Industriebetriebe, ist eine Zahl, die einem Zweck dient und in bürokratischen Ist-Soll-Kolonnen erfasst werden. Sung Tieu wurde 1987 in Vietnam geboren und kam als Tochter einer von 60 000 vietnamesischen Vertragsarbeiter:innen bereits nach dem Mauerfall in die Platte an der Berliner Gehrrensestrasse zu wohnen. Heute ist das Gebäude verlassen und hohl, die Umgebung verwildert und die steten Handänderungen zeigen in Richtung Spekulation. Die Ausstellung von Lynn Kost beginnt mit dem Nachbau der Elemente für die Einraumwohnung, die abgeschritten zweieinhalb mal vier Meter bemisst. Die beengten Verhältnisse sind drei Räume weiter durch kubistisch reduzierte Billigholzsymbolbauten der Inneneinrichtung auch physisch erfahrbar. Diese, die ebenso wie das Geschirr – ausgestellt, als handle es sich um Kronjuwelen – war sozialistisches Eigentum «und vor Beschädigung



(Sung Tieu: «Baby Steps», 2021, Galerie Sfeir-Semler, Hamburg/Beirut. Foto: Hans-Georg Gaul)

und Verlust zu schützen». Zwischen übermannshohen Metallmauern, die das Werktor, die Abgeschiedenheit der vietnamesischen Siedlung vom Rest Berlins oder eben den eigentlichen antikapitalistischen Schutzwall zugleich symbolisieren können, stellt die Künstlerin die Resultate der Werk-tätigen in der Industrie: Bohrmaschine, einen «Druckwächter» und eine Art Thermometer, deren Einsatzgebiet sich einem nicht auf Anhieb erschliesst. Die symbolhafteste Kleinarbeit dieser kombinierten Recherche-Kunst sind ein Paar Kinderschühchen, eingepfercht in eine schmutzabweisende Metalldose, deren Abmessung gerade keinen Schaden an ihnen anrichten, aber gleichzeitig auch keinerlei Freiraum lassen. *froh.*

Sung Tieu: «One Thousand Times», bis 19.11., Kunst Museum Winterthur beim Stadthaus. So, 19.11., 13h, Katalogvernissage mit Sung Tieu.

Umdenkhilfe



(Bild: Karl von Krollock)

Die beabsichtigte Ernüchterung mangels Bühnenbeleuchtung will sich in «Hajm, der Zahlenwanderer» nicht einstellen, dafür ist der inszenierte Umgang mit Notlicht einfach zu charmant.

Wie ein Schlüsselkind trägt Michael Scheid eine Glühbirne an der Schnur um den Hals und verteilt überall im Raum kleine Lichter. Äusserlich erinnert er als Mathematiker und ungarischer Jude Paul Erdős (1913–1996) mit seinen beiden zur Verstärkung doppelt ineinandergestellten Papiertüten, dem zerknüllten Mantel und einer Haarpracht, die bereits vor dem ersten Wort via eine Anlehnung an die Chaostheorie das Thema in Richtung Mathematik schubst, wie ein Bilderbuchclochard. «Rote Schuhe», grüsst er halblaut, während er, ganz zerstreuter Professor, anschwelend und wieder leiser werdend Unverständliches vor sich hinmurmelt, ruckartig eilend, unvermittelt innehaltend und anscheinend planlos die Richtung wechselnd, eine Pille aus der Dose klaubend und eilends kauend den ganzen Theaterraum einnimmt. «Mathematik ist viel schöner als alles, man muss einfach anders denken», beginnt er nach einer Weile der optischen Zerstreuung die folgende inhaltliche Fokussierung. «Rote Schuhe» steht in dieser erweiterten Perspektive für «guten Tag», erklärt er und setzt

gleich zum ersten Mathematikerwitz an: «Einstein, Pascal und Newton spielen Verstecken. Einstein ist dran. Während Pascal sich versteckt, malt Newton ein Quadrat und stellt sich sichtbar mitten hinein. Als Einstein ruft «Newton, ich hab dich», antwortet dieser. «Nein, nicht mich. Siehst du denn nicht, ich bin Newton im Quadrat, also ein Pascal.» Zum Glück folgt eine Aufklärung. Die Brücke zur genialischen Klugheit dieses Kopfes ist geschlagen, wenn gleich für mathematisch Minderbemittelte nicht jede der folgenden Ausführungen in ihrer Gesamtheit (nur schon diesem Begriff dürfte es an dieser Stelle an Exaktheit ermangeln) nur rudimentär erfassbar werden. Gedanklich beispielhaft, also spielerisch erklärt er die von ihm entdeckten Gesetzmässigkeiten, wonach die heutige Weltwirtschaft funktioniert, natürlich dessen gänzlich unbewusst. Der Text von Lubosch Held Hrdina besteht in seiner Vertracktheit rückblickend aus lauter Cliffhangern, versetzt mit albernen Atempausen und den notwendigen Erläuterungen, damit man den waghalsigen Sprüngen dieses Gedankenuniversums überhaupt folgen kann. Nach und nach fächert sich eine Ahnung davon auf, was er eingangs mit dem «anders denken» gemeint haben könnte. Etwa anhand seiner Liebe für Primzahlen. Bis er sich mit «blaue Himbeeren» verabschiedet, ist sehr viel Neues klar über seine Vita, sein Wirken, seine Verkanntheit. *froh.*

«Hajm, der Zahlenwanderer», bis 9.11., Theater Keller 62, Zürich.

360°-Dilemma

Die dritte Bühnenarbeit über die Tätigkeit als Dolmetscherin für das Staatssekretariat für Migration im Asylbereich von Zarina Tadjibaeva weist eine ungemein gesteigerte Raffiniertheit auf.

Dreimal im Film, projiziert auf drei überdimensioniert wirkende Verbandsgazen, erscheint Zarina Tadjibaeva als Befragerin, Rechtsbeistand und Asylbewerberin und live vor Ort als Dolmetscherin. Ab dem ersten Augenblick von «Neutralisiert» manifestiert sich eine systemische Schiefelage, die sämtliche Involvierte betrifft. Die Bewerberin spricht Tadschikisch, Dari, Farsi, Russisch und – fließend – Deutsch. Auf die Frage, welche Sprache sie verdolmetschen solle, antwortet die Antragsstellerin, sie wechsele die Sprachen fließend, weshalb das Gespräch gut auf Deutsch stattfinden könne. Allein, das Protokoll verlangt Gegenteiliges, also entsteht die erste schizophrene wirkende Szene. Durch die kluge Auffächerung in die verschiedenen Perspektiven der involvierten Personen glückt es dem Stück eindringlich aufzuzeigen, dass sich letztlich alle davon in einem 360-Grad-Dilemma gefangen wiederfinden. Im Gegensatz zur sakrosankten Unschuldsvermutung in allen anderen juristischen Prozessen, ist der Asylprozess in einem «institutionellen Habitus des Misstrauens» verhaftet, was zu-

gleich formuliert wie exemplarisch vorgeführt wird. Die Erinnerung an einen Raum, in dem die Bewerberin monatelang sexuelle Ausbeutung erlitten hatte, bei der x-ten Befragung wieder exakt gleichbleibend zu beschreiben etwa, ist als Einfallstor zur Beweisführung einer grundsätzlichen Inkongruenz der Aussage, was in der Folge zur Grundlage für eine generelle Skepsis jeder weiteren Schilderung genommen wird, letztlich nichts Geringeres als eine Falle. Über das eifersüchtige Bemühen, die geforderte Maxime von Neutralität, Ausgewogenheit, Korrektheit und weiteren übermenschlichen Erwartungen weist der Abend in die klandestine Privatheit etwa der Befragerin, die den konstant hohen Druck mit Übersprungshandlungen kompensiert und von ihrer Katzenliebe vorzuschwärmen beginnt. Die Bewerberin kapituliert letztlich vor der Unlösbarkeit ihrer Aufgabe, die der Quadratur des Kreises gleicht und legt Miranda Frickers Buch «Epistemisches Wissen. Macht und die Ethik des Wissens» mit den Begleitworten, «ich bin der lebende Beweis» vor, das die Protokollführerin während der Pause kopiert, weil das Originaldokument im Amt zu verbleiben hat. Die Musikspur flüstert «kein Fehler im System» in der Dauerschleife, während die Regisseurin Julia Skof Zarina Tadjibaeva einen von einer Wortkaskade begleiteten Tobsuchtsanfall auf die Bühne legen lässt, dass einen beinahe eine Furcht anheimsucht. *froh.*

«Neutralisiert», bis 8.11., Fabriktheater, Rote Fabrik, Zürich.



(Bild: Zoé Aubry)

Wenig Hoffnung

Ich habe eine Lesebrille, Hüftschmerzen und einen beginnenden Hallux (sagt der Sportschuhverkäufer). Wer Letzteres nicht googlen musste, ist entweder Orthopädin oder genau wie ich fortgeschrittenen Alters. Mit Freundinnen unterhalte ich mich zunehmend über solche Beschwerden oder die Tatsache, dass ein gelungener Abend um 21 Uhr auf dem Sofa endet. Und das ist erst der Anfang des Älterwerdens. Ja, ich habe wenig Hoffnung, dass das besser wird.

Aber das Schlimmste scheint mir nicht einmal der körperliche Zerfall oder dass man online beim Angeben des Alters so lange scrollen muss, bis das Geburtsjahr doch noch erscheint, sondern es sind die Probleme, die mit einem mitgewachsen und noch immer ungelöst sind. Es mag am grauen Wetter liegen und meiner kleinen melancholischen Novemberverstimmung, aber so einfach ist es vermutlich leider nicht. Als ich noch vor der Jahrtausendwende an der Uni eine Seminararbeit schreiben musste, gab ich als Thema den Nahostkonflikt an. Ich las einiges dazu, versuchte mir ein Bild zu machen und wollte das dann in einen Text giessen, rund um eine Hypothese, an die ich mich nicht mehr erinnere, dafür aber an den Moment, in dem ich entschied, dass es ein hoffnungsloses Unterfangen war. Es war unlösbar. Der Stoff, der Konflikt: zu komplex. In meiner Schulzeit beschäftigte uns die Tatsache, dass die Ölvorräte, von denen wir so abhängig waren, nur noch 50 Jahre lang ausreichen. Ich würde dann vermutlich

noch leben und also dabei sein, wenn wir diese Ressource bis auf den letzten Tropfen aufgebraucht hätten. Wir lebten so sehr über unsere Verhältnisse, dass wir auf dem besten Weg waren, uns unserer Grundlage zu berauben. Das war beängstigend. Heute passt der furchteinflössend lange Sommer zu den Statistiken über die Anzahl der Klimatoten. In der Schweiz waren das im vergangenen Jahr 60 Prozent der hitzebedingten Todesfälle, neueste Erkenntnisse der Universität Bern gehen von einem Anstieg der Klimatoten in den nächsten Jahren aus. Also von 300 auf 1900 Hitzetote pro Jahr und von 4100 auf 6600 kältebedingte Tote.

Im Dorf, in dem ich aufgewachsen bin, erzählte man sich von den Liebesgeschichten mit italienischen Zuwanderern in den 1970er-Jahren. Die wenigsten von ihnen endeten schön, die allermeisten unerfüllt. Das Fremde in Form eines jungen Italieners war dermassen unerwünscht, dass Eltern ihren Schweizer Töchtern solche Beziehungen verboten. Dann kam die Schwarzenbach-Initiative und versetzte alle diese eingewanderten Menschen in eine beispiellose Angst. Aus dem damals vorherrschenden Begriff der «Überfremdung» wurde dann die «Masseneinwanderung» und neuestens die «10-Millionen-Schweiz», was beinahe elegant tönt im Vergleich. Für diese letzte Kampagne wurden Bilder von Menschen dunkler Hautfarbe gezeigt als Symbol für die 10 Millionen, vor denen wir uns zu fürchten haben. Furcht sah ich allerdings nur in den Augen der Abgebildeten. Beispiellose Angst. Es ändert die Herkunft

des Fremden, es bleibt die Ablehnung. Hat sich denn überhaupt etwas geändert, zum Besseren? Mir fällt meine Mutter ein, die als arbeitende Frau damals nur eine Chance hatte, weil die Grosseltern auf mich aufpassten. Das ist heute nicht viel anders, ohne meine Mutter und Schwiegermutter wäre vieles schlicht nicht möglich gewesen, auch für mich und meinen Mann nicht. Und nur weil wir jetzt das Frauenstimmrecht haben oder Vergewaltigung in der Ehe nicht mehr straffrei ist, kann man halt noch nicht in Freude ausbrechen. Mir kommt es so vor als kümmerten sich einfach ständig neue Generationen um die gleichen Probleme mit dem gleichen Ergebnis. Heute reden wir nicht mehr vom Öl, sondern von den zwei oder drei Grad Erderwärmung, und es müsste uns eigentlich Panik erfassen. Die fremden Menschen kommen nicht mehr von Süditalien, sondern von noch viel weiter zu uns, aber sie sind so unwillkommen wie alle vor ihnen. Und der Nahostkonflikt ist aktuell eine schreckliche Katastrophe, wie eine offene, blutende Wunde, die niemand heilen kann oder will.

Es ist nicht der November. Es ist keine Alterserscheinung. Es ändert sich einfach nichts, oder? Ich habe gerade wenig Hoffnung, dass das besser wird.



Andrea Sprecher

Reklame



Bitte ausfüllen und
einsenden an:
P.S. Verlag, Hohlstrasse 216,
8004 Zürich oder
aboservice@pszeitung.ch

Ich bestelle

- Probeabo 5 Wochen kostenlos
- Jahresabo für 230 Franken
- Gönner:innenabo ab 300 Franken
- Abo für Menschen mit wenig Geld, 100 Franken

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort
